

# Beiförderungszeitung

## Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleine Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 M. ohne Zugriffen — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 2. Gemeindeverband-Girokonto Nr. 3. — Postleitzahl: Dresden 12548.

Ciesses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die geschätzte Zeitung  
Wg., außerhalb der Hauptstadt 1 M., im östlichen Teil (nur  
zum Beobachten) die Seite 200 Pf. — Einzelheit und  
Zeichnung 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Gebue. — Druck und Verlag: Carl Gebue in Dippoldiswalde.

Nr. 39

Mittwoch den 15. Februar 1922

88. Jahrgang

### Amtliche Bekanntmachung.

#### öffentliche Sitzung des Schulausschusses zu Dippoldiswalde

Donnerstag den 16. Februar 1922 abends 7 Uhr  
im Rathausaal.

Tagesordnung hängt im Rathause aus.

#### Vertliches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Ein windstiller Abend ohne allzu starke Kälte begünstigte das Stiftungsfest des Eisklubs am Montag abend in jeder Hinsicht. Das 51. war. Da aber im vergangenen Jahre das 50. zu feiern infolge des Wetters Ungunst nicht möglich gewesen war, hatte man diesmal besonders schön gestaltet. Dichter als sonst hingen die Lampions an den vom Fahnenmasten aus nach allen Richtungen gespannten Seilen, Illuminationslämpchen säumten den für Kunsträuber reservierten Teil der Fahrbahn ein, eine Laube aus Lampions und Illuminationslämpchen schloß das bunte, frohe Bild nach Norden. Unermüdlich ließ die Musik ihre Weisen erklingen und alt und jung (leichtere allerdings bis 9 Uhr) tanzte, fuhr kunstvoll oder weniger kunstvoll oder kraftvoll wohl auch nur daran über die blanke, glatte Fläche hin. Viel Publikum war auf dem Teiche, mehr, viel mehr noch als „Zaungäst“ an des Teiches Rand. (Vielleicht würde sich empfehlen, in Zukunft auch hier einen kleinen Beitrag zu erheben.) Gern wird jeder an das „Stiftungsfest 1922“ zurückdenken und dem „Eisklub“ dankbar sein, der ihm diese frohen Stunden gesunden Sports ermöglicht hat.

Für besondere Verdienste im Kampfe um Deutsch-Ost-Afrika ist dem Oberleutnant der Reserve a. D. Herrn Jähnrich Dr. Friedrich in Dippoldiswalde nachträglich das Ritterkreuz vom Militär-St. Heinrichs-Orden verliehen worden.

Wie uns von der Amtshauptmannschaft mitgeteilt wird, sind vom milchwirtschaftlichen Landesverband Sachsen für sauber gewonnene, gereinigte und gekühlte Vollmilch für den Monat Februar 1922 nach den von ihm aufgestellten, unverändert gebliebenen Richtlinien unter Zugrundelegung der vom 21. 12. 21 bis 20. 1. 22 veröffentlichten Berliner amtlichen Butternotierungen folgende Erzeugerpreise festgesetzt worden: ab Stall 3,20 M., frei Verlade bezw. Abgangsstation, Molkeret oder Sammelstelle 3,40 M., bei von einer Landmolkeret erfolgter Lieferung molkereimäßig behandelnder und in einwandfreier Beschaffenheit eintreffender Vollmilch frei Abgangstation 4 M. pro Liter. Die Kleinhandelspreise werden vom organisierten Milchhandel nach den vom Milchwirtschaftlichen Landesverband Sachsen gegebenen Richtlinien öffentlich geregelt.

Wie du mir, so ich dir?? Jeder Berufstand schließt heute mehr denn je seine Angehörigen zusammen zur Vertretung seiner Interessen. So auch die Gewerbetreibenden und Handwerker. Seien es Innungen, seien es Vereinigungen anderer Art. Eine der wesentlichsten Aufgaben derselben — gedrängt durch die Zeithälfte — die geworden, den Berufsangehörigen für ihre Arbeit eine Bezahlung zu sichern, die eine Existenz überhaupt ermöglicht. Zu diesem Zwecke wurden Preiskräfte, gewerbsübliche Preise ausgerechnet, die auch wirklich alle Unkosten berücksichtigen — der Einzelne verzögert da so leicht etwas — und die der Gewerbetreibende der Berechnung seiner Arbeit zugrunde legen soll und zu grunde legen muss, will er auf die Dauer bestehen. Tut er es nicht, trifft ihn die Verachtung seiner Kollegen, wenn nicht härteres. Dazu hat er selbstverständlich auch den Schaden. Dem Lokalblatte, das über die betreffende Innung oder sonstige Versammlung berichtet, fällt dann — nicht selten auf besondere Bitte — die Aufgabe zu, dem Lesekreise die Notwendigkeit der Preiserhöhung nachzuweisen. Das ist meist nicht schwer. Der Lokalblattverleger fühlt ja all die Schmerzen am eigenen Leibe. Judem betrachtet er es als seine Aufgabe, für die Allgemeinheit zu wirken, und ist es gewöhnt, für andere in die Breite zu treten. Soweit wäre alles gut. Wie ist es nun aber nicht selten, wenn dieselben Kreise, sei es privat, sei es für eine Korporation, Drucksachen benötigen? Da werden auch bei kleinsten Objekten von drei, vier Druckereien Preise eingeholt. (Gar mancher, der das tut, würde es in seinem eigenen Beruf scharf zurückweisen.) Ist nun unter den Preisangeboten ein so niedriges, daß man ihm ohne weiteres ansieht den anderen gegenüber, daß von einem gewerbsüblichen Preis nicht gesprochen werden kann, sondern nur von einem Schleuderpreis, so wird

dieses nicht etwa, wie es das Prinzip erfordert, beseitigt. Nein, im Gegenteil, man nimmt es an. Man trifft das mit Füßen, was man für den eigenen Beruf als unbedingt notwendig erkannt hat. Ja, noch mehr. Hat man einen solchen „billigen Mann“ entdeckt, so taucht man sich gegenseitig dessen Adresse zu, macht Reklame für denselben. Da spielt dann auch das „Kauf am Ort“, das gerade in diesen Kreisen ein „Hauptwort“ ist und mit besonders großen Buchstaben geschrieben wird, keine Rolle mehr. Das ist unwürdig der eingangs skizzierten Bewegung, sie wird zur Farce. Da helfen auch alle Entschuldigungen nichts, mit denen das Gewissen, das sich zähmt, beschwichtigt wird. Hier gibt es doch nur ein „Entweder — Oder“. Die Buchdruckerei, besonders in kleinen Maßstäbe, warf noch nie große Gewinne ab, und heute gleich gar nicht. Und wenn sich die Preise an der unteren Grenze des Gewerbsüblichen halten, kann von Übersteuerung nicht gesprochen werden. — Schmecken diese Zellen bitter, so deshalb, weil sie die Wahrheit enthalten. — Wie du mir, so ich dir!

Die Bibelstunde am Mittwoch abend fällt diesmal aus, da Kirchgemeindeabend stattfindet (8 Uhr in der Reichskrone). Auf letzterem sei noch besonders hingewiesen; angesichts der bevorstehenden Wahlen von Kirchgemeindevertretern ist es sehr wichtig, da die neue Kirchgemeindeordnung und sonstige kirchliche Fragen besprochen werden sollen. Zur Ausschmückung und Verschönerung des Abends wird der Kirchenchor einige Chorlieder singen und unser neuer Herr Kantorisch als Pianist zeigen.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und die Post erfolgt in der Woche vom 13. bis 19. Febr. d. J. unverändert wie in der Vorwoche zum Preise von 780 Mark für ein Zwanzigmarkstück und 390 Mark für ein Zehnmarkstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

Brotpreis und Landwirtschaft. Der Landwirtschaftliche Bezirksoberband Meißen unterstreicht folgende Zuschrift des Verbandes der Landwirte im Erzgebirge: Die Regierung hat eine weitere gewaltige Preiserhöhung für das Markenbrot beschlossen. Bereits bei der letzten Erhöhung im August wurde erklärt, daß die Brotpreiserhöhung darauf beruhe, daß man mit den Reichszuschüssen abbauen müsse. Die neue Brotpreiserhöhung wird damit begründet, daß die Reichszuschüsse aufhören mühten. Die Bevölkerung ist geneigt, diese abermalige Versteuerung des wichtigsten Lebensmittels den heimischen Erzeugern des Brotgetreides zur Last zu legen. Demgegenüber sei daran hingewiesen, daß die Erzeuger für ihr abgeleßtes Getreide noch die gleichen Preise erhalten, die im Früh Sommer vorigen Jahres errechnet worden sind. Mit dem gleichen Entgelt sollen sie heute ihren Betrieb aufrechterhalten, für dessen Unkosten sie jetzt das doppelte aufwenden müssen. Die Landwirte sind an der Erhöhung des Brotpreises gänzlich unbeteiligt. Die Versteuerung fällt vielmehr unserer auswärtigen Politik zur Last, infolge deren der Dollar, das Auslandsgeld, und damit der Auslandspreis des Zuschuhgetreides mehr als doppelt so hoch steht, als zur Zeit der Festlegung des Umlagepreises. Infolgedessen konnten die ursprünglich in Aussicht genommenen Milliarden nicht eingehalten werden; das Vielfache wurde verausgabt. An diesem Milliardensatz muß die deutsche Landwirtschaft als Steuerzahler nochmals mit tragen, und die Landwirte zahlen sonach nicht nur einmal beim Umlagegetreide, sondern zweimal zu. Aber nicht genug damit, der Landwirt soll für die zur Milcherzeugung notwendige Kleie, die aus seinem unterwertig mit 105 M. bezahlten Getreide anfällt, den vollen Marktpreis von 150 M. jezt 130 M. zahlen. Hierbei muß er ein drittes Mal Opfer tragen. Die Landwirtschaft trifft sonach keine Schuld an der Erhöhung des Brotpreises.

Das bisher als am dichtesten bevölkerte Land der Erde geltende Königreich Belgien wird von dem nur 14 992,9 Quadratkilometer messenden Sachsenland an Bevölkerungsdichte noch übertroffen; denn in Sachsen wohnen durchschnittlich auf 1 Quadratkilometer 311 Menschen, in Belgien aber nur 257. Nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 — die Ergebnisse derselben hat das Statistische Landesamt im 66. und 67. Jahrgang seiner Zeitschrift 1920 und 1921 kurzlich veröffentlicht — wurden im Freistaat Sachsen in 1 242 833 Haushaltungen und 2590 Anstalten 4 670 311 (2 175 078 männlichen und 2 495 233 weiblichen) Bewohner gezählt. Diese Einwohnerzahl verteilt sich auf 144 Städte und 2908 Landgemeinden. Die größte Stadt ist Leipzig mit 604 397 Bewohnern. Seit 1. Oktober 1921 haben sich die drei Landgemeinden Deuben, Döhlen und Pötschappel mit insgesamt 27 570 Einwohnern (13 329 + 4811 + 9430) zu einer Stadtgemeinde mit dem Namen „Freital“ vereinigt.

Die kleinste Stadt ist Bärenstein mit 639 Einwohnern und die kleinste Landgemeinde Cunnerswalde in der Amtshauptmannschaft Großenhain mit 17 Bewohnern. Von den 144 Städten Sachsen haben 22 an Einwohnerzahl abgenommen. In Sachsen gibt es zurzeit zwei Städte (Leipzig und Dresden) mit über einer halben Million Einwohnern, zwei (Chemnitz und Plauen) mit mehr als 100 000, eine mit über 70 000, vier mit mehr als 30 000, vier mit mehr als 20 000, 21 mit mehr als 10 000, 4 mit mehr als 9000, 7 mit mehr als 8000, 8 mit mehr als 7000, 8 mit mehr als 6000, 13 mit mehr als 5000, 9 mit mehr als 4000, 19 mit über 3000, 18 mit über 2000, 19 mit über 1000 und 5 mit weniger als 1000 Einwohnern.

Die neue sächsische Gemeindeordnung wurde am Sonnabend im Ministerium des Innern beraten. Der amtliche Bericht gibt ein völlig falsches Bild davon. Man erfährt von beteiligter Seite folgendes: Während die Linksozialisten den Entwurf als ungeeignet bezeichneten, weil er mit Fischer's Entwurf nicht genügend übereinstimmt, wurde er von den Großstädten abgelehnt, weil sich damit eine Großstadt nicht verwaltungslässt. Bei den Landgemeinden war die Meinung geteilt: ein Teil setzte sich für die Kommunalisierung der Amtshauptmannschaften ein, aber vor allem die kleineren Gemeinden wollten jene in ihrer jetzigen Gestalt belassen. Die Vertreter der Ratsmitglieder bezogen die Vorschriften des Entwurfs als unvereinbar mit ihren wohlverworbenen Rechten. Schließlich wurde in Aussicht genommen, daß die Vertreter des Gemeindetags ihre Abänderungsanträge alsbald dem Ministerium einreichen sollen. Besonders bedeutsam war, daß der Vorsitz des Gemeindetags einmäfig, und zwar einschließlich der USP., sich auf den Standpunkt stellte, daß den Gemeinden, die jetzt die Magistratsversammlung haben, das Recht gelassen werden müsse, an ihr festzuhalten oder zur Bürgermeistersversammlung überzugehen. — Das Ganze war eine ziemlich vernichtende Kritik der Regierungsvorlage. Davon, daß sie als geeignet angesehen wurde, die Gemeindeverwaltung neuzeitlich zu gestalten, kann noch obiges keine Rede sein.

Raudorf, 14. Februar. Heute vor 25 Jahren starb der Rittergutsbesitzer Dekonomrat Otto, der seit über 50 Jahren im Bezirk angesessen war. Stiftungen halten sein Andenken wach. — Dem Landwirtschaftlichen Verein Dippoldiswalde gehörte er seit dem Jahre 1848 ununterbrochen an.

Greiberg. Hier tagt am 19. und 20. Februar der Verein evang.-luth. Gottesdienst in Sachsen. Am 19. Februar findet Festgottesdienst mit Predigt von Pastor em. Dr. Ahner-Lipzig, Festkindergottesdienst und Gemeindetag im Pfarrgemeindehaus, und am 20. Februar nachmittags 3 Uhr die Generalversammlung des Vereins im Domgemeindehaus statt.

Hildenau. Dem Umbau der Möglichstbahn auf Normalspurbetrieb gilt eine Eingabe, die von der Großgemeinde Hildenau und der Stadt Döhrn an die Reichseisenbahnverwaltung gerichtet worden ist. Schon seit langen Jahren bedauert man, daß die Normalspur nicht gleich von Anfang an eingerichtet worden ist; nachdem es jedoch nicht geschehen ist, soll wenigstens jetzt nachgeholt werden, was man damals versäumte. Es ist dies eine Frage, an der die vielseitige Industrie unseres Bezirkes ein großes Interesse hat, da die Errichtung vieler Vorteile sich damit verbindet.

Pirna. Die Elbe sieht jetzt langsam und frätig dahin, eine Folge des strengen Frostes, der das Eis im oberen Stromlauf an der Landesgrenze zum Stehen gebracht hat. Auch im hiesigen Stromgebiet hatte man bei der anhaltenden Kälte Eisstand erwartet, um so mehr, als die die Elbe oft in ihrer ganzen Breite einnehmenden Schollen eine immer langsamer werdende Gangart annahmen. Bisher ist eine völlige Stockung dieser Eisfahrt jedoch noch nicht eingetreten. Dagegen ist am Freitag bei Meißen das Eis zum Stehen gekommen. In der 10. Vormittagsstunde hatte sich dort der Wasserspiegel von fast 200 Zentimeter unter Null bis zur 80 Zentimeter unter Null gehoben, während sich die Eis-Schollen nur noch ganz langsam durch die Brüchen schoben. In Riesa, wo das Eis am Donnerstag stehen geblieben ist, ist man bereits an verschiedenen Stellen über das Eis des Stromes gegangen. Seit 15 Jahren steht das Eis auf der Melchner Strecke das erste Mal wieder. — Wie aus Menschen gemeldet wird, ist dort die Eisdecke so stark, daß sie passiert ist. Auf der Unterelbe ist die Schiffahrt durch Eis fast völlig lahmgelegt worden. Mehrere Dampfer liegen im Elsfeuer und Schlepper haben die größte Mühe, durch das Eis hindurchzukommen.

Cosp. Der Gemeinderat bewilligte einstimmig 25 000 M. zur Beschaffung von Schreibheften für die Schulkinder und

Weiter, allerdings gegen eine starke Minderheit, die Vernichterlichkeit auch auf Bleistifte, Pinsel, Gummi, Farbkästen und für einen Jahrgang (130) auf Atlanten auszudehnen, was weitere Mittel erfordert.

Königstein. Die hiesige Volks- und Fortbildungsschule wurde infolge Kohlenmangels geschlossen.

Schnitz. Die Stadtverordneten muhten 65 000 M. nachverfüglichen zur Behebung der Schule.

Schnitz. Eine Folge des Blumenarbeiterstreiks, der bekanntlich vor zwei Wochen sein Ende fand, ist ein gewisser Arbeitsmangel in der Industrie. Nach einer amtlichen Feststellung sind 111 Vollerwerbslose und 214 Juschlagsempräger gemeldet worden. Hinzu kommen zahlreiche Personen, die außerhalb der Erwerbslosenfürsorge stehen.

Rosswin. Beim Alteinigungssamt der Stadt Rosswin ist eine Mietprüfstelle eingerichtet worden, welche alle Streitigkeiten über Mietzinssatzungen möglichst auf gütlichem Wege zu regeln hat. Der Mietprüfungsstelle gehören zwei Hausbesitzer und zwei Mieter ehrenamtlich an.

Großenhain. Den Beweis der außerordentlichen Beliebtheit und Hochachtung, deren sich der verstorbene Amtshauptmann, Geheimrat Dr. Uhlemann, in den landwirtschaftlichen Kreisen erfreute, erbrachte der Landwirtschaftliche Verein Weißig und Röschütz damit, daß er seinen geplanten Ball zum Zeichen der Trauer abgesagt hat.

Gersdorf. Mit 35 000 M. durchgebrannt ist in Begleitung einer Kellnerin ein hiesiger verheirateter Arbeiter. Der Durchbrenner hat das Geld hiesigen Einwohnern abgenommen, denen er Kartoffeln, Obstbäume usw. „versorgen“ wollte.

Gelenau. Eine Einwohnerversammlung beschloß, Schritte zur Errichtung eines Volkssabades auf genossenschaftlicher Grundlage zu unternehmen.

Leipzig. Der städtische Schulbeirat schlug die versuchsweise Einführung des Esperanto-Unterrichts vor. Für den Unterricht sollen wöchentlich zwei Stunden im 7. und 8. Schuljahr vorgesehen werden. (Wäre es nicht richtiger, den Kindern erst gutes Deutsch zu lehren? Jede Buchdruckerei macht zu Ostern mit den neuen Lehrlingen die eigentümlichsten Beobachtungen hinsichtlich des „deutschen“ Wissens.)

Einen außergewöhnlich frechen Betrag hat am 11. Februar abends zwischen 9 und 10 Uhr der aus Brondis gebürtige 21jährige Militärkraftsabier der 3. Kompanie der Kraftfahrtabteilung 4 in Leipzig, Fritz Ditsch, verabt. Er lockte einen Oberkraftwagenfahrer seiner Kompanie, der mit seinem Kraftwagen vor dem Hauptbahnhof hielt und der Ditsch, der Zivilkleidung trug, als Kameraden kannte, nach der Ankunftsstation, unter der Vorspiegelung, ein hoher Vorgesetzter erwartete ihn dort. Während der Oberkraftwagenfahrer die Wartehalle absuchte, bestieg Ditsch den Militärkraftwagen und ist damit seitdem verschwunden. Er soll sich nach Bodenbach zu gewandt haben und wird im Auslande den wortvollen Wagen zu verkaufen suchen. Der entwendete Wagen trägt die Kennzeichen II 25 098, Motor und Hinterachse die Nummer 5010. Im Wagen lagen zwei Polizeischäfte, ferner die Zulassungsbescheinigung und der Führerschein, beide Papiere ausgestellt vom Polizeipräsidium Dresden. Der Gesamtschaden der Heeresleitung würde 150 000 M. betragen, wenn es nicht gelingen sollte, den Wagen dem Täter abzunehmen. Wer über den Verbleib des Wagens Angaben machen kann oder sonst sachdienliche Beobachtungen gemacht hat, wird gebeten, sich schnellstens bei der Kriminalabteilung oder der nächsten polizeilichen Amtsstelle zu melden.

Leipzig. Ein ausschenerregender Vorfall spielte sich am Donnerstag vormittag in der Schleiferstraße ab. Ein elegant gekleideter Mann ging in Begleitung eines Justizoberwachtmeisters nach der Eisenstraße. Plötzlich warf er dem Beamten, ein Hand voll Salz in die Augen und lief davon. „Zog aller! Holt auf!“. Rufe des Wachmeisters sahen eine Menge Straßenpassanten dem Vorgang zu, ohne Miene zu machen, dem Beamten beizustehen. Diesem gelang es, trotz schmerzender Augen, den Flüchtling in der Albertstraße einzuholen und festzunehmen. Der Ausreißer ist der wegen großer Warenchwundeleien zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 5 jährigem Ehrentrechtsverlust verurteilte Kaufmann Nathan Goldkopf. Er hat es verstanden, hiesige Firmen um große Beträge zu schädigen, indem er für ein in Leeds in England befindliches Geschäft große Posten Waren aufkauft und dafür gänzlich werkslose Scheine in Zahlung gab. Gestern vormittag wurde er zu einem Termin, der vor dem Amtsgericht auf dem Petersteinweg stattfand, vorgeführt. Auf dem Rücktransport nach dem Landgerichtsgebäude in der Altenstraße machte er den glücklicherweise mißglückten Fluchtversuch.

Niedergräfenberg (Bez. Leipzig). Ein Einbruch raffinerster Art ist beim Gutsbesitzer Leibhold verübt worden. In der Zeit, in welcher die Herrschaft beim Abendbrodessen sah, sind Diebe am Blitzausleiter emporgeschleiert, haben ein Fenster eines Schlosszimmers eingedrückt, sind eingestiegen und haben Bettlen, viel Wäsche, Kleider, Schuhe und Bergleichen mehr gestohlen.

Chemnitz. Den Gipfel der Feigheit ersteigten zwei junge Leute, die sich in einem Trödlerladen der inneren Stadt einsanden, um dem Händler einen Revolver zu verkaufen. Um die Gebrauchsfähigkeit der Waffe zu zeigen, lud sie einer von den jungen Leuten. Dabei ging ein Schuß los, der ein anwesendes Mädchen am Fuß verletzte. Während sich der Händler um das Mädchen bemühte, entwichen die ebenso feigen wie frechen Burschen.

Die Chemnitzer Metallarbeiter nahmen zu dem Angebote der Metallindustriellen in einer geheimen Abstimmung Stellung. 807 Stimmen sprachen sich für die Annahme der Vorschläge, 538 dagegen aus.

Glauchau. Nachdem bei einer Zige, die von einem tollwutverdächtigen Hund gebissen worden war, Tollwut festgestellt worden ist, hat die Amtshauptmannschaft die Hundetherre bis 16. April verlängert.

Langenleuba-Oberhain. Der Gutsbesitzer Hainich wollte von der Panne aus auf einen Wagen springen, wobei er

fehlsprang und zum Sturze kam. Dadurch hatte er sich inneren Schaden zugefügt, der ihm derart gefährlich wurde, daß er sich infolge der Verlebungen verbluten mußte.

Schnitz. Zur Linderung der Wohnungsnott und zugunsten des beabsichtigten Siedlungsprojektes wurde in einer Gemeindeversammlung einhellig eine sogenannte Opferwoche beschlossen. Jeder gegen Lohn und Gehalt Beschäftigte soll den Betrag von 5 Ueberstunden an die Gemeinde zur Verfügung des gemeinnützigen Bau- und Kriegeriedlungvereins abführen. Die Gewerbetreibenden und Fabrikanten werden in einer Entschließung aufgefordert, nach ihren wirtschaftlichen Verhältnissen beizutragen.

Schöneck. Der Stadtgemeinderat beschäftigte sich u. a. mit einem Antrag auf Gewährung einer Entschädigung an die Stadtvertreter (Stadtverordnete 400 M. jährlich, Stadträte 600 M.) für die Teilnahme an Sitzungen usw. Dieser Antrag wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt. Ein Antrag des Finanzausschusses, den Mitgliedern der städtischen Kollegien und den Beisitzern des Alteinigungssamtes für jede Stunde der Tätigkeit in Voll- und Ausschusssitzungen, soweit diese Tätigkeit von 7 Uhr abends an ausgeübt wird, 10 M. aus der Stadtkasse zu zahlen, wurde angenommen und weiter beschlossen, die Voll- und Ausschusssitzungen in der Regel nicht vor 7 Uhr abends beginnen zu lassen.

Treuen. Die Gutsbesitzerin Wally Kölbel, geb. Schubert, in Gospergrün bei Treuen wurde vom Amtsgericht Treuen mit 1000 M. Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis verurteilt, weil sie nach hier eingeschaffte Milch durch Zusatz von Wasser gefälscht hat.

Wolkenstein. Der vom Landwirtschaftlichen Kreisverein Chemnitz jedes Jahr in Wolkenstein und Scheibenberg veranstaltete Erzgebirgische Juchtwiehmarkt findet heuer am 23. d. M. in unserer Stadt und am folgenden Tage in Scheibenberg in üblicher Weise statt. Man rechnet wiederum mit einem großen Auftrieb staatlichen Fleisches, wodurch diese Märkte bisher immer große Anziehungskraft, besonders auch aus Norddeutschland, bekamen und bedeutende Umsätze erzielten.

Reichenbach. Die Frage der Erweiterung des Krankenhauses war im Stadtverordnetenkollegium verschiedentlich angeschnitten worden. Die nötigen Mittel dazu wurden jetzt vom Rat bewilligt, gleichzeitig auch die Kosten, um den Saal des Versorgthauses zu einer Wohnung umzubauen. Der Saal wird damit auch ein Opfer der zurzeit grassierenden Wohnungsnott. Daß diese immer noch unvermindert anhält, sieht man daraus, daß am 1. Februar immer noch 811 Wohnungssuchende vorhanden waren.

## Zur Volksgemeinschaft.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns folgendes geschrieben:

Ganz Deutschland steht noch unter dem Eindruck der eben überwundenen großen Streikbewegung. Da ist es doch an der Zeit, einmal über die Berechtigung oder Nichtberechtigung dieser ganzen unausgefehlten Klassenkämpfe nachzudenken.

Seit Jahrzehnten steht ein großer Teil unseres Volkes unter der Herrschaft des Klassenkampfgedankens. Der Klassenkampf — das soll der erlösende Grundsatz sein, durch dessen Verwirklichung nicht nur dem Einzelnen reiche Vorteile verschafft werden, sondern durch den auch die Allgemeinheit, das Volksganze, von dem Glück alter verrotterter Zustände befreit und eine neue bessere Ordnung an die Stelle der alten gesetzt werden soll.

Aber die Wirklichkeit sieht anders aus und straft diese hochdrückenden Worte und Versicherungen ab. Ganz gewiß: ein Stückchen berechtigter Kern ist dem Klassenkampfgedanken nicht abzupreden. Wie der Einzelne, so muß auch die Klasse ihre Interessen wahrnehmen, sonst kommt sie zu kurz, und dazu bedarf sie des Zusammenschlusses und unter Umständen des gemeinsamen Kampfes. Aber was ist in der Wirklichkeit aus diesem bescheidenen berechtigten Kern geworden? Ein wahres Ungeheuer, dessen mörderischer Rachen das ganze Wohl unseres Volkes und Staates zu verschlingen droht.

Bon-Haus aus war der Klassenkampf gedacht als der große Kampf der Besitzioen gegen das Kapital. In Wirklichkeit aber hat er sich mehr und mehr zu einem erbitterten Kampfe der einzelnen besitzlosen Volksklassen untereinander gestaltet. Oder läuft es auf etwas anderes hinaus, wenn z. B. bei den jetzt eben überwundenen Streiks Millionen und Millionen unbeteiligter Bevölkerung frieren, hungern, um Arbeit und Verdienst gebracht und in ihrer Gesundheit geschädigt werden? Wenn Verluste von Hunderten von Millionen entstehen und dann aus allgemeinen Steuermitteln gedeckt werden müssen? Da ist der Kampf der Besitzioen untereinander doch ganz offensichtlich.

Aber weiter: findet denn der Hauptteil der Unterdrückung, Ausbeutung und Entvölknerung, die jeder ehrliche und aufrichtige Mensch befeindigt sehen will, heute in erhabl. unseres eigenen Volkes, zwischen den einzelnen Klassen desselben, insbesondere im Verhältnis der Arbeiterklasse zum Besitz, statt? Schließlich sind doch die Arbeiter heutzutage eine so große und anerkannte Macht, daß sie sich wirklich nicht mehr zu viel Unrecht gefallen lassen. Aber an anderer Stelle, im Verhältnis von Volk zu Volk, im Verhältnis Deutschlands zu den Siegerstaaten, da geschieht allerdings alle Tage Unrecht, himmelschreiendes, gehäßiges Unrecht. Da ist wirklich Unterdrückung, Ausbeutung, Entvölknerung schlimmster Art, da wirtagtäglich die Würde nicht nur unseres eigenen Volkes sondern der ganzen Menschheit mit Füßen getreten. Dagegen vor allem sollten wir uns alle mit gemeinsamer Kraft wehren. Aber wieder ist es der innere Klassenkampf, der uns da an der nötigen Einigkeit hindert und Herz und Sinne von dieser großen Aufgabe ablenkt. Über ein Gramm Unrecht in unseren eigenen inneren Volks- und Staatsleben schlagen wir uns die Köpfe ein, aber ganze Rentner gehäuften schmachvollen Unrechtes, das uns unsere Gegner antun, nehmen wir gleichmäßig hin.

Mein, es ist hohe Zeit, daß wir diesen unseligen Klassenkampf endlich überwinden, daß wir ihn auf

sein sehr bescheidenes berechtigtes Maß zurückführen und an seine Stelle den großen, verhöhnen und austärtschenden Gedanken einer wahren Volksgemeinschaft, die nach innen auf Gerechtigkeit und Wohlwollen für alle Teile und Klassen unseres Volkes beruht, nach außen aber auf dem heißen Gefühl der uns allen gemeinsamen Not und der uns allen gemeinsamen Notwendigkeit, Deutschlands Stellung wiederherzustellen und seine großen Aufgaben in der Welt zu erfüllen. Darum sei die Lehre, die wir aus dem letzten großen Streit ziehen, vor allem: vorwärts, vom Klassenkampf zur Volksgemeinschaft!

## Die Vertrauensfrage.

Vor der Entscheidung.

Das Reichskabinett Wirth ist in die schwerste Krise eingetreten, der es bisher ausgesetzt war. Aus Anlaß des Eisenbahnstreiks sind im Reichstag fünf Misstrauensanträge gegen die Reichsregierung eingebracht worden. Schon am Freitag lag ein Antrag der Union abhängigen vor, in dem die Regierungsmahnahmen während der Streikzeit mißbilligt werden. Hierzu wurde ein kommunistischer Zusatzantrag gestellt, die Regierungserklärung vollständig abzulehnen. Ferner lagen zwei kommunistische Anträge vor, die Einstellung der Disziplinar- und Entlassungsverfahren verlangen. In der Sonnabendstunde des Reichstages kamen dann noch ein deutschnationaler und ein volksparteilicher Antrag zu, die sich in der Haupthsache gegen die Person des Reichskanzlers Wirth richteten und unzweideutige Misstrauenserklärungen enthalten.

Wäre es am Sonnabend im Reichstag zu einer Abstimmung gekommen, so hätte wohl keiner dieser Misstrauensanträge, die in ihren Motiven und in ihrer Begründung einander zum Teil entgegengesetzt waren, die Stimmen sämtlicher Oppositionsparteien auf sich vereinigt. Der Antrag der Deutschnationalen hätte außer deren eigenen Stimmen höchstens noch die der Kommunisten erhalten, die Anträge beider kommunistischen Gruppen höchstens die Stimmen aller Kommunisten. Für den Antrag der Unabhängigen wäre außer deren Stimmen nur die der Kommunisten zu haben gewesen, für den der Deutschen Volkspartei nur die Stimmen der Deutschnationalen. So hätten lauter wechselseitige Mehrheiten die regierungseindückende Anträge verworfen.

Nach den bisherigen Erfolgenheiten war anzunehmen, daß die Regierung sich mit der Ablehnung der Misstrauensvoten begnügen würde. Da stellte der Reichskanzler am Schlus der Debatte über die Regierungserklärung zum Eisenbahnstreik die Vertrauensfrage und verlangte von dem Reichstag die klare und unzweideutige Entscheidung, ob er in seiner Mehrheit dem Kabinett die Fortführung seiner Politik ermächtigen wolle oder nicht. Zur großen Überraschung des Hauses erklärte der Kanzler in knappen Worten, sich nicht damit begnügen zu können, daß etwa die vorliegenden insgesamt fünf Misstrauensvoten der Rechts- und Links- und wechselnden Mehrheiten abgelehnt würden. Es bedürfe vielmehr zur Weiterführung der Geschäfte einer positiven Vertrauensantrag und gebühre dem Reichstag die klare und unzweideutige Entscheidung, ob er in seiner Mehrheit dem Kabinett die Fortführung seiner Politik ermächtigen wolle oder nicht. Zur großen Überraschung des Hauses erklärte der Kanzler in knappen Worten, sich nicht damit begnügen zu können, daß etwa die vorliegenden insgesamt fünf Misstrauensvoten der Rechts- und Links- und wechselnden Mehrheiten abgelehnt würden. Es bedürfe vielmehr zur Weiterführung der Geschäfte einer positiven Vertrauensantrag und gebühre dem Reichstag die klare und unzweideutige Entscheidung, ob er in seiner Mehrheit dem Kabinett die Fortführung seiner Politik ermächtigen wolle oder nicht. Zur großen Überraschung des Hauses erklärte der Kanzler in knappen Worten, sich nicht damit begnügen zu können, daß etwa die vorliegenden insgesamt fünf Misstrauensvoten der Rechts- und Links- und wechselnden Mehrheiten abgelehnt würden. Es bedürfe vielmehr zur Weiterführung der Geschäfte einer positiven Vertrauensantrag und gebühre dem Reichstag die klare und unzweideutige Entscheidung, ob er in seiner Mehrheit dem Kabinett die Fortführung seiner Politik ermächtigen wolle oder nicht. Zur großen Überraschung des Hauses erklärte der Kanzler in knappen Worten, sich nicht damit begnügen zu können, daß etwa die vorliegenden insgesamt fünf Misstrauensvoten der Rechts- und Links- und wechselnden Mehrheiten abgelehnt würden. Es bedürfe vielmehr zur Weiterführung der Geschäfte einer positiven Vertrauensantrag und gebühre dem Reichstag die klare und unzweideutige Entscheidung, ob er in seiner Mehrheit dem Kabinett die Fortführung seiner Politik ermächtigen wolle oder nicht. Zur großen Überraschung des Hauses erklärte der Kanzler in knappen Worten, sich nicht damit begnügen zu können, daß etwa die vorliegenden insgesamt fünf Misstrauensvoten der Rechts- und Links- und wechselnden Mehrheiten abgelehnt würden. Es bedürfe vielmehr zur Weiterführung der Geschäfte einer positiven Vertrauensantrag und gebühre dem Reichstag die klare und unzweideutige Entscheidung, ob er in seiner Mehrheit dem Kabinett die Fortführung seiner Politik ermächtigen wolle oder nicht. Zur großen Überraschung des Hauses erklärte der Kanzler in knappen Worten, sich nicht damit begnügen zu können, daß etwa die vorliegenden insgesamt fünf Misstrauensvoten der Rechts- und Links- und wechselnden Mehrheiten abgelehnt würden. Es bedürfe vielmehr zur Weiterführung der Geschäfte einer positiven Vertrauensantrag und gebühre dem Reichstag die klare und unzweideutige Entscheidung, ob er in seiner Mehrheit dem Kabinett die Fortführung seiner Politik ermächtigen wolle oder nicht. Zur großen Überraschung des Hauses erklärte der Kanzler in knappen Worten, sich nicht damit begnügen zu können, daß etwa die vorliegenden insgesamt fünf Misstrauensvoten der Rechts- und Links- und wechselnden Mehrheiten abgelehnt würden. Es bedürfe vielmehr zur Weiterführung der Geschäfte einer positiven Vertrauensantrag und gebühre dem Reichstag die klare und unzweideutige Entscheidung, ob er in seiner Mehrheit dem Kabinett die Fortführung seiner Politik ermächtigen wolle oder nicht. Zur großen Überraschung des Hauses erklärte der Kanzler in knappen Worten, sich nicht damit begnügen zu können, daß etwa die vorliegenden insgesamt fünf Misstrauensvoten der Rechts- und Links- und wechselnden Mehrheiten abgelehnt würden. Es bedürfe vielmehr zur Weiterführung der Geschäfte einer positiven Vertrauensantrag und gebühre dem Reichstag die klare und unzweideutige Entscheidung, ob er in seiner Mehrheit dem Kabinett die Fortführung seiner Politik ermächtigen wolle oder nicht. Zur großen Überraschung des Hauses erklärte der Kanzler in knappen Worten, sich nicht damit begnügen zu können, daß etwa die vorliegenden insgesamt fünf Misstrauensvoten der Rechts- und Links- und wechselnden Mehrheiten abgelehnt würden. Es bedürfe vielmehr zur Weiterführung der Geschäfte einer positiven Vertrauensantrag und gebühre dem Reichstag die klare und unzweideutige Entscheidung, ob er in seiner Mehrheit dem Kabinett die Fortführung seiner Politik ermächtigen wolle oder nicht. Zur großen Überraschung des Hauses erklärte der Kanzler in knappen Worten, sich nicht damit begnügen zu können, daß etwa die vorliegenden insgesamt fünf Misstrauensvoten der Rechts- und Links- und wechselnden Mehrheiten abgelehnt würden. Es bedürfe vielmehr zur Weiterführung der Geschäfte einer positiven Vertrauensantrag und gebühre dem Reichstag die klare und unzweideutige Entscheidung, ob er in seiner Mehrheit dem Kabinett die Fortführung seiner Politik ermächtigen wolle oder nicht. Zur großen Überraschung des Hauses erklärte der Kanzler in knappen Worten, sich nicht damit begnügen zu können, daß etwa die vorliegenden insgesamt fünf Misstrauensvoten der Rechts- und Links- und wechselnden Mehrheiten abgelehnt würden. Es bedürfe vielmehr zur Weiterführung der Geschäfte einer positiven Vertrauensantrag und gebühre dem Reichstag die klare und unzweideutige Entscheidung, ob er in seiner Mehrheit dem Kabinett die Fortführung seiner Politik ermächtigen wolle oder nicht. Zur großen Überraschung des Hauses erklärte der Kanzler in knappen Worten, sich nicht damit begnügen zu können, daß etwa die vorliegenden insgesamt fünf Misstrauensvoten der Rechts- und Links- und wechselnden Mehrheiten abgelehnt würden. Es bedürfe vielmehr zur Weiterführung der Geschäfte einer positiven Vertrauensantrag und gebühre dem Reichstag die klare und unzweideutige Entscheidung, ob er in seiner Mehrheit dem Kabinett die Fortführung seiner Politik ermächtigen wolle oder nicht. Zur großen Überraschung des Hauses erklärte der Kanzler in knappen Worten, sich nicht damit begnügen zu können, daß etwa die vorliegenden insgesamt fünf Misstrauensvoten der Rechts- und Links- und wechselnden Mehrheiten abgelehnt würden. Es bedürfe vielmehr zur Weiterführung der Geschäfte einer positiven Vertrauensantrag und gebühre dem Reichstag die klare und unzweideutige Entscheidung, ob er in seiner Mehrheit dem Kabinett die Fortführung seiner Politik ermächtigen wolle oder nicht. Zur großen Überraschung des Hauses erklärte der Kanzler in knappen Worten, sich nicht damit begnügen zu können, daß etwa die vorliegenden insgesamt fünf Misstrauensvoten der Rechts- und Links- und wechselnden Mehrheiten abgelehnt würden. Es bedürfe vielmehr zur Weiterführung der Geschäfte einer positiven Vertrauensantrag und gebühre dem Reichstag die klare und unzweideutige Entscheidung, ob er in seiner Mehrheit dem Kabinett die Fortführung seiner Politik ermächtigen wolle oder nicht. Zur großen Überraschung des Hauses erklärte der Kanzler in knappen Worten, sich nicht damit begnügen zu können, daß etwa die vorliegenden insgesamt fünf Misstrauensvoten der Rechts- und Links- und wechselnden Mehrheiten abgelehnt würden. Es bedürfe vielmehr zur Weiterführung der Geschäfte einer positiven Vertrauensantrag und gebühre dem Reichstag die klare und unzweideutige Entscheidung, ob er in seiner Mehrheit dem Kabinett die Fortführung seiner Politik ermächtigen wolle oder nicht. Zur großen Überraschung des Hauses erklärte der Kanzler in knappen Worten, sich nicht damit begnügen zu können, daß etwa die vorliegenden insgesamt fünf Misstrauensvoten der Rechts- und Links- und wechselnden Mehrheiten abgelehnt würden. Es bedürfe vielmehr zur Weiterführung der Geschäfte einer positiven Vertrauensantrag und gebühre dem Reichstag die klare und unzweideutige Entscheidung, ob er in seiner Mehrheit dem Kabinett die Fortführung seiner Politik ermächtigen wolle oder nicht. Zur großen Überraschung des Hauses erklärte der Kanzler in knappen Worten, sich nicht damit begnügen zu können, daß etwa die vorliegenden insgesamt fünf Misstrauensvoten der Rechts- und Links- und wechselnden Mehrheiten abgelehnt würden. Es bedürfe vielmehr zur Weiterführung der Geschäfte einer positiven Vertrauensantrag und gebühre dem Reichstag die klare und unzweideutige Entscheidung, ob er in seiner Mehrheit dem Kabinett die Fortführung seiner Politik ermächtigen wolle oder nicht. Zur großen Überraschung des Hauses erklärte der Kanzler in knappen Worten, sich nicht damit begnügen zu können, daß etwa die vorliegenden insgesamt fünf Misstrauensvoten der Rechts- und Links- und wechselnden Mehrheiten abgelehnt würden. Es bedürfe vielmehr zur Weiterführung der Geschäfte einer positiven Vertrauensantrag und gebühre dem Reichstag die klare und unzweideutige Entscheidung, ob er in seiner Mehrheit dem Kabinett die Fortführung seiner Politik ermächtigen wolle oder nicht. Zur großen Überraschung des Hauses erklärte der Kanzler in knappen Worten, sich nicht damit

Wahlsergebnisse und Erfahrungen aus der Pragl auszuver sprechen.

Gegenüber der Kriegszeit sind jetzt sehr viele junge akademisch gebildete Statthalter mitig, die manchmal recht frisches Blut in die Verhandlungen hineinbringen. Man fühlt sich schon in den Beratungen in den Ausschüssen überall heraus, daß diese Deutschen sehr ernst mit der Wiederaufrichtung der landwirtschaftlichen Produktion meinen und entschlossen sind, trotz Wagenmangels bei der Düngemittelzufuhr an Getreide und Kartoffeln dasselbe zu erzeugen, wie wir es in den Rekordjahren vor dem Kriege zum Reichtum der ganzen Welt — wie waren damals alle Länder auf allen Gebieten an durchschnittlicher Ertragsrate voraus — erreicht hatten.

## Um Genua.

Lloyd George gegen eine Verschiebung der Konferenz.

Nach einer Botschaft aus London wollen Lloyd George und die Kabinettsmehrheit grundsätzlich keine Ausschiebung der Konferenz von Genua. Lloyd George vertrete den Standpunkt, daß bei dem Gemühen, das Gleichgewicht der allgemeinen Wirtschaftslage wieder herzustellen, keine Zeit zu verlieren sei und daß infolgedessen der für die Eröffnung der Konferenz vorgesehene Zeitpunkt fest gehalten werden müsse, wenn nicht Italien selbst einen Aufschub verlange. Die Resolution von Cannes, so erklärte man, gebe für die Arbeit der internationalen Wirtschaftskonferenz genügende Sicherheiten.

Konferenzvorbereitungen in Paris und London.

Wie Havas fernermitteilt, hat die britische Regierung noch nicht auf die französische Genua-Note geantwortet. England sei gegenwärtig für eine vorbereitende Zusammenkunft englischer, französischer und italienischer Sachverständiger, die die technischen Fragen, die für die Konferenz von Genua vorliegen, einer Prüfung unterziehen sollen. Die französischen Kreise stehen einer derartigen technischen Konferenz günstig gegenüber. Diese würde wahrscheinlich in Paris abgehalten werden, doch würden die französischen Kreise, daß sowohl alle Alliierten als auch die Kleine Entente daran teilnehmen.

Das französische Ministerium des Außenorts hat bereits zwei Ausschüsse zur Vorbereitung der Konferenz von Genua eingesetzt. „Petit Parisien“ erklärte, daß auch in London vorbereitende Versammlungen begonnen hätten.

Der Londoner Berichterstatter des „Journal“ sagt, die Sachverständigenkonferenz sei das einzige Augeständnis, das Frankreich gemacht werden würde. Auf eine Versammlung von drei Monaten würde man sich nicht einlassen. Es werde angenommen, daß ein Hinausschieben des Beginns der Konferenz um 14 Tage für die Vorbereitungen genüge.

Amerika fordert Aufklärung.

Nach einer Reuter-Meldung aus Washington berichtet aus gut unterrichteten Kreisen, daß die amerikanische Regierung von der französischen Regierung eine drücke Erklärung über ihre Haltung zur Konferenz von Genua gefordert habe. Die Reuter-Meldung läßt durchblicken, daß die Vereinigten Staaten ihre Antwort auf die Einladung zur Konferenz von der französischen Erklärung abhängig machen werden.

## Ein neuer Reparationsplan.

Herabsetzung der deutschen Schulden um 43 Milliarden.

Wie die Pariser Regierungspresse mitteilt, besteht der Plan, durch Streichung der alliierten Schulden an England und Amerika eine Herabsetzung der deutschen Reparations Schulden möglich zu machen und den Rest der deutschen Schulden durch eine internationale Unleihe zu mobilisieren.

Es handelt sich hierbei um einen Vorschlag, den Lloyd George seinerzeit dem französischen Minister Jouhaux gemacht hat. Es sollte danach die deutsche Schuldsumme um den Gesamtbetrag der englischen, französischen und italienischen Schulden verkürzt werden, d. h. also, es soll versucht werden, daß Amerika und England sich bereit erklären, von Frankreich und Italien die deutschen Schuldverschreibungen der Serie C anzunehmen, die alsdann annulliert werden. Ferner sollt England auf seinen 22 prozent. Anteil an den deutschen Zahlungen, d. h. also etwa 29 Milliarden Goldmark, verzichten, und schließlich sollen alle Gläubiger Deutschlands auf die Summen verzichten, die sie für Kriegspensionen in die Schadensrechnung eingetragen haben. Auf diese Art und Weise werde sich die Gesamtsumme der deutschen Zahlungen auf einige 60 Milliarden reduzieren, die durch eine internationale Unleihe aufgebracht werden sollen.

Dieser Plan ist damals gescheitert, weil die zu keiner Verwirklichung notwendige Einwilligung der Vereinigten Staaten zur Streichung der alliierten Schulden an Amerika nicht erlangt werden konnten. Nunmehr haben seit einiger Zeit englische Kreise in Übereinstimmung mit der französischen Ansicht diesen Plan wieder aufgegriffen, und es besteht die Absicht, noch vor der Konferenz von Genua sich mit der Frage einer internationale Unleihe für die deutschen Reparationen zu beschäftigen.

Die Angelegenheit wird voraussichtlich auf der Konferenz der alliierten Sachverständigen zur Sprache kommen, die demnächst zur Vorbereitung der Konferenz von Genua in Paris oder London zusammen treten wird. Die Durchführbarkeit dieses großzügigen Planes hängt jedoch nicht von den Alliierten allein ab, sondern in der Hauptsache von Amerika und England, auf deren Kosten die Streichung der alliierten Schuld geht. Und Amerika dürfte sich kaum zu solch weitgehenden Zugeständnissen verstellen, so lange Frankreich seine imperialistische Politik weiter befolgt und Milliarden auf Milliarden dem Ausbildungsvorstand opfert. Ob die Einsicht in Frankreich schon so weit gediehen ist, möchten wir stark bezweifeln. Uns diesem Grunde werden wir Deutsche gut daran tun, uns vorecht nicht unnützen Hoffnungen hinzugeben.

## Politische Rundschau.

Berlin, 14. Februar 1922.

Der bekannte Führer der deutschen Friedensbewegung Helmuth v. Moltke aus der demokratischen Partei ausgetreten.

Zum preußischen Gesandten in München ist als Nachfolger des nach Dresden versetzten Herrn v. Schellens Ministerialrat Dr. Denk vom Preußischen Staatsministerium, der bisherige Delegat des besetzten Gebietes, ausgetreten.

Beginn der Generalkonferenz. Reichsminister a. D. Schiffer und Staatssekretär Voßwald, die Führer der deutschen Abordnung bei den deutsch-polnischen Verhandlungen, hatten nach ihrer Ankunft in Genua eine erste Besprechung mit dem Präsidenten der deutsch-polnischen Konferenz Colonder. Da Herr Colonder leicht erkrankt ist, wird die offizielle Befreiung auf Dienstag verschoben. Die Unterschlüsse traten aber bereits am Montag zusammen.

Conrad Haushmann †. Der bekannte demokratische Reichstagabgeordnete Conrad Haushmann ist wenige Tage nach Vollendung seines 65. Lebensjahres in seiner Heimatstadt Stuttgart an den Folgen einer Grippe gestorben. Der Verstorbene war eine der markantesten Parlamentarier der letzten Jahrzehnte. Über 20 Jahre lang gehörte er sowohl dem Reichstag wie dem württembergischen Landtag an. Mit ihm schied eine herausragende und bei allen Parteien gleich beliebte Persönlichkeit aus dem politischen Leben. Er war mit seinem Parteifreund v. Bayern der anerkannte Führer der süddeutschen Demokraten. Große Verdienste hat sich Haushmann um das Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuches und später um die Verabschiedung der neuen Reichsverfassung erworben. In den letzten Jahren wandte er sich der auswärtigen Politik zu, über die er häufig als demokratischer Redner im Reichstag sprach. Kurze Zeit, unter dem Kanzleramt des Prinzen Max von Baden, war Conrad Haushmann parlamentarischer Staatssekretär, die Revolution machte den ein Ende. An der neuen Verfassung hat er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verfassungsausschusses der Weimarer Nationalversammlung wichtige Mitarbeit geleistet. — Der Reichspräsident, der Reichskanzler und der Reichstagspräsident haben der Witwe des Verstorbenen telegraphisch ihr Beileid ausgesprochen.

Der Petersdorfer Zwischenfall. Auf die Vorstellungen der französischen Regierung hatte die Reichsregierung den Staatssekretär Dr. Peters nach Schlesien entlassen, um dort festzustellen, ob der Zwischenfall in Petersdorf bei Gleiwitz auf die Umtriebe militärischer Geheimorganisationen zurückzuführen sei. Dr. Peters hat sich jetzt nach Berlin zurückgegeben, um der Reichsregierung Bericht zu erstatten. Die eingehenden Ermittlungen haben keine Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die Vorfälle in Oberschlesien etwa ihren Ursprung außerhalb des besetzten Gebietes haben und Zeichen einer allgemeinen militärischen Bewegung sind, wie dies französischerseits angenommen worden ist. Die Vorfälle sind von keiner Stelle außerhalb des besetzten Gebietes geplant oder ins Werk gebracht worden.

Freigabe der deutschen zivilen Luftfahrtindustrie. Die französische Presse hatte die Mächtigkeit der deutschen Meldung über die Freigabe der deutschen Luftfahrtindustrie bezweifelt. Tatsächlich ist jedoch die Note mit der Entscheidung der Hochstaatenkonferenz vom 1. Februar bereits im Auswärtigen Amt überreicht. Diese Entscheidung besagt, daß die Frist von drei Monaten, nach deren Ablauf Deutschland gemäß der Boulogne Note vom 22. Juni 1920 die Herstellung, Aus- und Einführung von zivilem Luftfahrzeug wieder aufnehmen darf, am 5. Februar zu laufen beginne. Deutschland wird jedoch fortgesetzt die Verpflichtung auferlegt, die durch die alliierten Regierungen aufgestellten Bedingungen bestimmen anzuerkennen, die die zivile Luftfahrtfahrt von den verbotenen militärischen unterscheiden sollen. — Die alliierten Regierungen wollen sich durch sinnvolle Überwachung versichern, daß Deutschland diese Verpflichtung erfüllt. — Die oben erwähnten „Bedingungen“ sind der deutschen Regierung noch nicht mitgeteilt, auch über die Durchführung der Luftfahrtkontrolle ist noch keine Entscheidung getroffen. bisher wurde die Überwachung der deutschen Luftfahrt durch die vom General Mosberman geleitete Ententekommission ausgeübt. Das ist die Frage der Luftfahrtfahrt mit der Räumung der neubesetzten Gebiete in Zusammenhang zu bringen sei, wird von der Pariser Presse jetzt bestritten. Das „Journal des Débats“ bemerkt dazu, die Räumung der drei deutschen Rheinhäfen, der Frankreich gegen das Versprechen einer dauernden Kontrolle über Deutschland zugestimmt haben sollte, sei „für den Augenblick wenigstens, nicht in Aussicht genommen.“

Der Dertendorfer Skandal. In der braunschweigischen Landeszeitung veröffentlicht der Großfabrikant Wemmel eine eidesstattliche Erklärung, daß er den bekannten Brief des früheren braunschweigischen Ministerpräsidenten Dertler, in dem dieser für geleistete amtliche Dienste drei Prozent des Neingewinnes sämtlicher Wemmelscher Unternehmungen forderte, niemals erhalten, und daß Dertler niemals für geleistete Dienste Gegenleistungen von ihm empfangen habe. — Diese Erklärung ändert natürlich nichts an der Beurteilung dieses Briefes, den geschrieben zu haben Dertler selbst zugegeben hat.

Die französische Delegation auf der Wirtschaftskonferenz in Washington hat die Rückreise nach Frankreich angetreten.

Der Jap-Vertrag zwischen Japan und den Vereinigten Staaten ist in Washington unterzeichnet worden.

Österreich: Englische Kreditlinie.

Der englische Gesandte in Wien hat der österreichischen Regierung eine Note überreicht, in der mitgeteilt wird, daß die englische Regierung beschlossen hat, Österreich einen Kreditvorstand von zwei Millionen Pfund zu geben. Außerdem sind in Wien in Regierungskreisen Meldungen eingetroffen, daß sich der englischen und französischen Kreditlinie für Österreich auch Holland und Dänemark anschließen werden.

Irland: Standrecht in Nordirland.

Die republikanischen Militärbehörden des Freistaates Irland haben über den Bezirk von Croaghmore (County Connacht, Grafschaft Mayo) wegen der vorgenommenen Gewalttätigkeiten, Brandstiftungen und Viehdiebstahl das Standrecht verhängt. Mehr Personen wurden wegen Viehdiebstahl verhaftet. Bei einem Neuergefecht, das in Glones (County Ulster, Grafschaft Monaghan) zwischen republikanischen Truppen und Spezialabteilungen stattgefunden hat, wurden vier Soldaten und ein republikanischer Soldat getötet.

Niedersachsen: Bankrott der Gewerkschaft.

Die sowjetrussische Staatsbank befindet sich in Niedersachsen schwerwiegend. Die Russen geben die Unzulänglichkeit zu, die monopolistisch durch die Staatsbank geübte Konkurrenz und Wiederbelebung der hauptstädtischen Industrie sowie durchzuführen. Der Plan, vermittelst Gewerkschaften eine an anderer Stelle genügende Menge innerrussischen Kapitals aufzunehmen und zur Weiterverwertung zu bringen, ergab ein Fiasco. Die Sovjetregierung beschloß nun mehr die Gründung einer speziellen staatlichen Handelsbank, die finanziert wird durch die Finanzierung ausländischen Kapitals in Form einer Aktienbeteiligung.

Besprechungen der Mehrheitssozialisten mit dem Reichsflanzer.

Berlin, 13. Februar. Der Reichsflanzer Dr. Wirth hat heute vormittag die Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu einer längeren Besprechung empfangen, die sich fast ausschließlich um die gegenwärtige Regierungskrise drehte. Im Anschluß an diese Aussprache trat das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammen, in der jedoch lediglich die laufenden Angelegenheiten erörtert wurden.

Die Disziplinierung der Eisenbahner.

Berlin, 13. Februar. Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner und -Arbeiter hielt am Sonntag in Berlin eine Sitzung ab. Lebhafte Diskussion wurde von einer Anzahl Gewerkschaftsvertretern darüber geführt, daß zahlreiche Anträge auf Einleitung von Disziplinierungen seitens der Direktionspräsidenten oder anderer Dienststellen eingeleitet worden seien. Die Reichsgewerkschaft hat deshalb dem Reichstag eine Eingabe überreicht, in der der Kanzler gebeten wird, dafür Sorge zu tragen, daß die Disziplinierungen sich im Rahmen der vom Kabinett aufgestellten Richtlinien halten. Weiter heißt es in der Eingabe, daß das bisherige Vorgehen der nachgeordneten Dienststellen bei den Eisenbahnen große Erregung hervorgerufen habe und daß, falls die Regierung nicht für Abhilfe sorge, mit neuen drohlichen Aktionen gerechnet werden müsse.

Der Nachfolzer Haushmann.

Berlin, 13. Februar. Als Nachfolger Conrad Haushmanns zieht voraussichtlich der Demokrat Herrmann-Beurmann, der bereits der Nationalversammlung in Weimar angehörte, in den Reichstag ein.

## Aus Stadt und Land.

Der ehemalige Reichsflanzer Michaelis reist nach China. Ende Februar begibt sich der ehemalige Reichsflanzer Dr. Michaelis in Rotterdam mit seiner Frau am Bord eines Papag-Ostasiendampfers, um nach China durch den Suezkanal zu reisen. Michaelis ist vom Studentenverbund eingeladen worden, an der großen Weltbundkonferenz in Peking teilzunehmen.

Der Marburger Hungerstreik beendet. Nach fast achtjähriger Dauer ist der Hungerstreik der kommunistischen Gefangenen in Marburg a. d. Lahn abgebrochen. Die Gefangenen nahmen wieder Nahrung zu sich.

Ein schwerer Einbruch in einem Pariser Postamt. In das Pariser Postamt in der Avenue des Champs-Elysées wurde nachts eingedrungen und für 850 000 Francs Titres der Landesverteidigungsanstalt und 3000 Francs in bar aus dem Geldschrank im Zimmer des Hauptkassierers gestohlen.

Vier Kinder ertrunken. Auf dem zugeschwemmten Main brachen in der Nähe von Höchst vier Kinder, die dort Schleifschuh trugen, ein und ertranken. Daraufhin haben die Franzosen das Betreten des Mainufers verboten und von Höchst bis Sindlingen das Ufer abgesperrt. Selbst die Arbeiter der Fabriken dürfen nicht mehr den Weg über das Eis nehmen.

Eine schwere Blutattat trug sich in dem bei Neustadt liegenden Dorf Wallachsee zu. Als der dort wohnende Bäcker Erdmann nach Haus von einem Kriegervereinsbergnen kam und sich zu Bett begeck überließ, ihn seine Ehegattin im Schlafe und zertrümmerte ihm mit einer Art den Schädel. Erdmann ist seines Verletzungen erlegen. Die Ehe war schon seit längerer Zeit unglücklich.

Dollarbeitrat eines deutschen Sängers. Der bekannte Bariton der Berliner Staatsoper Joseph Schwarz, der jüngst an die Oper von Chicago verpflichtet ist, hat die Witwe des amerikanischen Koffeinkönigs Hermann Siebel gekernt. Das Vermögen der Dame beträgt etwa 4 Millionen Dollar (ungefähr 800 Millionen Papiermark).

Niesenaustrerrung in Dänemark. Von der angekündigten Aussperrung der Arbeiter in Kopenhagen wegen der Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die am 14. Februar abends eintrat, sind ausgenommen die Wasserwerke, Elektrizität und Gasarbeiter, ferner der Holzindustrieverband, der Schiederverband, der Güter- und Formerverband und die Heizer, welche den Vermittlungsvorschlag angenommen haben. Trotzdem die Aussperrung auch die Copenhagenes Buchdrucker betrifft, sind die Zeitungen davon ausgenommen. Die Aussperrung umfaßt ungefähr 170 000 Mann, wovon 90 000 bereits arbeitslos sind.

Schwere Schneefälle in Serbien. Die seit Tagen heftig eingesetzten Schneefälle in Serbien und Kroatien dauern unvermindert fort. Der Eisenbahnverkehr ist vollkommen lahmgelegt. Post- und Telegraphenverkehr sind vielfach unterbrochen. Nur die Verbindungen Belgrad-Ugram-Serajewo sind in Or-

wesentlich. In Bosnien und in der Herzegowina sind viele Dörfer infolge vollkommener Verwehung von jedem Verkehr abgeschnitten.

**Die Flucht der Tochter des türkischen Sultans.** In dem Lande der Moscheen hat sich eine aufregende Liebesaffäre zugetragen. Die älteste Tochter des türkischen Sultans hat sich mit dem Sohn des türkischen Großwesirs, Generalstabsmajors Halli Bei, vermählt und ist mit ihm insgeheim nach Anatolien geflüchtet. Der Sultan und der Großwesir erfuhren von der Vermählung und der Flucht erst nach vollzogenen Tatsachen.

**Sparsame Kohlen!** Diese frdl. Aufforderung rückt der Reichskohlenkommissar an die Kohlenverbraucher in folgender Bekanntmachung: Selbst bei sofortiger Wiederaufnahme des Güterverkehrs wird der normale Kohlenverband kaum vor 8 bis 10 Tagen wieder in Gang sein. Die Befuhr beginnt, Städteleitung auch nur einigermaßen genügend leere Wagen in die Kohlenreviere wird nur langsam von Stationen gehen. Auch hat die an sich schon unzureichende Kohlenförderung vielfach naturgemäß durch den Eisenbahnerstreik eine weitere Einschränkung erfahren. An vielen Stellen steht also die dringende Kohlennot infolge des Verlustes des Verkehrs leider erst noch bevor. Die Verbraucher werden daher gut tun, ihre Verpflichtungen so zu treffen, daß sie vorerst nur mit verzögerten und spärlichen Brennstofflieferungen rechnen können.

**Der Stand der Märkte.** Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	13. 2.	11. 2.	1914
100 Holländische Gulden	7573	7452	167,-
100 belgische Francen	1648	1635	80,-
100 dänische Kronen	4155	4095	112,-
100 schwedische Kronen	5269	5174	112,-
100 italienische Lire	970	969	80,-
1 englisches Pfund	881	889	20,-
1 Dollar	293	198	4,20
100 französische Francen	1733	1703	80,-
100 schweizerische Francen	8901	8901	80,-
100 tschechische Kronen	883	875	-

**Wiederholung für den 15. Februar.**

1564 Der Physiker und Astronom Galileo Galilei aus Pisa († 1642) – 1763 Der Friede von Hubertusburg am Elebendörfchen Krieg – 1871 Der Dichter Goethe. Ephraim Lessing in Braunschweig (\* 1729) – 1855 Der Astronom Wilhelm Weier in Braunschweig (\* 1910) – 1915 Deutscher Sieg über die Russen in der „Winter Schlacht in Masurien“ – 1919 Waffenstillstandsverlängerung zwischen Deutschland und der Entente.

### Letzte Nachrichten

**Keine Streikneigung bei der Reichsgewerkschaft.**

Berlin, 13. Februar. Wie ein Berliner Abendblatt meldete, hat die Reichsgewerkschaft zu Donnerstag ihren erweiterten Vorstand zu einer Sitzung zusammenberufen, angeblich um einen erneuten Streikbeschluss herbeizuführen, falls die Regierung nicht von weiteren Maßregelungen abschneiden würde. Es ist richtig, daß der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft zusammenberufen wird. Wie die Telegraphen-Union aber erfährt, ist der Antrag hierzu von den Mitgliedern erfolgt, und zwar mit der sachlichen Tendenz, eine Neuwahl dieses Vorstandes durchzuführen. Es ist auch vollkommen abwegig, zu behaupten, daß die Reichsgewerkschaft

einen neuen Streik beschließen werde, da die Reichsgewerkschaft nach den Erfahrungen der letzten Tage gar nicht daran denkt, zu einem neuen Streik zu drängen, vielmehr bemüht ist, im Gegenteil mäßigend auf ihre Mitglieder einzutreten.

**Berlins Schaden durch den Gemeindearbeiterstreik.**

Die Stadt Berlin befürchtet nach einer Mitteilung der Magistratskorrespondenz ihren durch den Streik der städtischen Arbeiter verursachten Schaden auf 1½ Milliarde M. Das Einsehen der Technischen Nothilfe hat allein 750 Millionen Mark Aufwand verursacht. Der Oberbürgermeister hat die Erwerbslosenunterstützung für alle durch den Streik arbeitslos gewordenen städtischen Arbeiter abgelehnt.

**Der Kampf Paperns gegen die Schuldslüge.**

München, 13. Februar. Der Verfassungsausschuss des bayerischen Landtages nahm heute einen Antrag an, wonach die bayerische Regierung bei der Reichsleitung dahin wirken soll, daß im In- und Auslande, insbesondere den Entfernungsregierungen, das authentische Material verbreitet wird, daß die im Versailler Vertrage aufgestellte Behauptung von der Schuld Deutschlands am Kriege zu zerstören vermöge. Der Vertreter der Regierung führte dazu aus, daß sich die bayerische Regierung und der Landtag bereits seit langem bemühen, die Reichsregierung zu einer aktiveren Abwehr gegen die Schuldslüge zu veranlassen. Die bayerische Regierung sei auch mit anderen Landesregierungen in Verbindung getreten und habe die Zustimmung bei Württemberg, Sachsen, Hessen und Braunschweig gefunden. Die Reichsregierung habe zwar zugestimmt, aber den Zeitpunkt für eine aktiveren Abwehr noch nicht für gekommen erachtet. Die bayerische Regierung steht nach wie vor auf dem Standpunkte, daß zur Zerstörung der Schuldslüge ein entschiedenes Handeln geboten sei. Die rückhaltslose Veröffentlichung unseres Materials sei eine Forderung der Gerechtigkeit und auch der Würde, deren Erfüllung Deutschland sich nicht entziehen dürfe. Bayern abschlägt, auch weitesthin mit Nachdruck in dieser Richtung tätig zu sein.

**Die Vermögensverhältnisse der Wittelsbacher.**

München, 13. Februar. Die Münchner Neuesten Nachrichten melden, daß Universitätsprofessor und Reichsstaatsgeordneter Bauerle jetzt nach mehr als zweijähriger Arbeit das Rechtsatlas über die Vermögensverhältnisse des Hauses Wittelsbach für die bayerische Regierung fertiggestellt hat. Dieses Werk, das alle einschlägigen Fragen historischen, staatsrechtlichen und privatrechtlichen Charakters erörtert, umfaßt 800 Seiten. Zum Handgebrauch soll ein kürzerer Auszug von 150 Seiten hergestellt werden.

**Französische Kriegspläne gegen Deutschland.**

Paris, 13. Febr. Im „Oeuvre“ bespricht der bekannte Militärschriftsteller Verraux den neuen Feldzugsplan des französischen Generalstabs bei einem neuen Kriege mit Deutschland. „Der französische Generalstab“, sagt Verraux, „träumt von einem Versuch, zwei Millionen Soldaten auf Deutschland zu werfen, ehe die deutschen Massen konzentriert sind, um auf diese Weise in wenig Tagen den Sieg zu sichern.“

**Kirchen-Nachrichten.**

Mittwoch den 15. Februar 1922.

Reichsblatt. Abends 8 Uhr Christliche Elternvereinigung.

### Achtung!

Große Boten  
Herrenstoffe  
Konfirmantenstoffe

Kostümstoffe  
Sind eingetroffen und werden  
zu noch günstigeren Preisen zum  
Verkauf gebracht

Dippoldiswalde.  
Freiburger Str 223, I. Etg.

### Unmoderne Hüte

werden wieder auf neu vorge-  
richtet in d-

### Färber-Kunst.

### Stroh

laufen  
Karl Dippoldiswalde,  
Telephon 162.

### Häcksel

en gros, bestell

### Drucksachen

liefert Carl Jähne.

### Fernsprechteilnehmer- Verzeichnis

Der Unter-Dippoldiswalde, Schmiedeberg-Ripdorf und Lauenstein  
Preis 3 Mark

Jubiläum:  
In Dippoldiswalde beim Verleger, Buchbinderei Carl Jähne  
in Schmiedeberg: Buchbinderei und Buchhandlung Räßner  
in Ripdorf: Druckerei Paul Haller

Drucksachen aller Art



Carl Jähne, Dippoldiswalde

### Ostermädchen

ab Ende 15 jüng. Mädchen  
zur Verhüllung im Haus, am 1. April  
oder später geplant.

Nude, Braueret Dippoldiswalde.

Siehe ein ehrliches, liebliches

### Mädchen

18–20 Jahre, welches etwas  
Landwirtschaft versteht, für 1.3.  
Gärtnerhof Gramm am Rande,  
Überndorf.

### Zur Dienstleistung

bei dienstlicher Verbindung empfohlen  
sich wieder Br. Schmidt,  
Gr. Wallergasse 59, port.

### Eine tragende

### Kalbe

(schwarz/bunt) steht zu verkaufen  
oder gern Schlachtkind einzutauschen bei

Oskar Straßberger,  
Schubgasse 11.

### Viertausende

1 Gänsefleck gegen 1 gute  
Zuchtgans.

Ratzmühle.

### Gewinnliste des Wohltätigkeitsvereins Sächsischer Freiherrn Reinhardsbain und Umgebung.

2. 8. 14. 15. 19. 20. 29. 47. 50. 51. 52. 56. 62. 63. 64. 65.
76. 81. 82. 93. 94. 100. 106. 115. 117. 118. 123. 124. 130. 133.
134. 136. 139. 141. 147. 153. 154. 156. 160. 165. 172. 179. 181.
183. 207. 214. 219. 220. 223. 229. 243. 247. 253. 255. 259. 264.
268. 270. 281. 282. 291. 295. 297. 305. 325. 334. 337. 338. 370.
376. 377. 379. 381. 394. 400. 406. 410. 416. 418. 427. 432. 440.
442. 443. 444. 450. 458. 462. 465. 467. 468. 469. 471. 483. 484.
490. 501. 507. 513. 520. 531. 539. 569. 574. 578. 579. 584. 586.
591. 601. 606. 609. 615. 619. 633. 637. 647. 652. 654. 657. 668.
670. 677. 690. 691. 696. 705. 715. 721. 722. 727. 731. 733. 741.
742. 762. 772. 783. 790. 794. 806. 814. 817. 819. 822. 827. 829.
831. 834. 842. 859. 860. 875. 883. 885. 888. 893. 912. 934. 938.
956. 963. 966. 967. 970. 974. 990. 991. 993. 1013. 1014. 1015.
1016. 1018. 1020. 1031. 1039. 1042. 1043. 1046. 1047. 1049. 1054.
1059. 1065. 1068. 1091. 1098. 1103. 1106. 1107. 1110. 1112. 1115.
1117. 1118. 1119. 1121. 1125. 1132. 1135. 1140. 1141. 1146.
1160. 1161. 1163. 1164. 1167. 1172. 1175. 1180. 1181. 1182. 1186.
1189. 1192. 1196. 1199. 1200. 1203. 1211. 1219. 1232. 1233.
1234. 1236. 1248. 1250. 1254. 1262. 1264. 1271. 1275. 1278. 1280.
1283. 1284. 1293. 1296. 1297. 1299. 1307. 1308. 1310. 1316.
1326. 1327. 1330. 1334. 1338. 1339. 1340. 1342. 1344. 1348. 1349.
1352. 1357. 1362. 1363. 1371. 1373. 1380. 1381. 1383. 1386. 1389.
1390. 1392. 1393. 1397. 1399. 1400. 1407. 1410. 1413. 1414. 1420.
1423. 1430. 1435. 1436. 1437. 1442. 1443. 1445. 1448. 1454. 1459.
1460. 1467. 1470. 1475. 1477. 1479. 1483. 1485. 1489. 1492. 1493.
1498. 1502. 1511. 1515. 1520. 1532. 1536. 1543. 1545. 1547.
1548. 1560. 1564. 1566. 1567. 1568. 1575. 1578. 1580. 1582. 1583.
1584. 1585. 1587. 1596. 1600. 1606. 1608. 1609. 1611. 1615. 1620.
1621. 1622. 1623. 1624. 1625. 1627. 1630. 1633. 1634. 1636. 1638.
1639. 1640. 1648.

**Zugdienst „Drei nicht“ Reinhardsbain u. Umg.**

Mittwoch den 15. Februar abends 8 Uhr

in Reinhardsbain. Zahlreicher Betrieb gegen 10 Uhr entgegen

Donnerstag den 16. Februar 1922.  
Dippoldiswalde. - Abends 1½, 8 Uhr Männerübungslände in der  
Brauhausstraße 310 B. (Telt. Rathb. 27, 15 15).

**Schlachtviehprije auf dem Viehhof Dresden**

am 13. Februar 1922.

**Preise für 50 kg in Rind  
Lebend- Schlags- Gewicht**

**I. Rinder: A. Röhren.**

# Beilage zur Beifertz-Zeitung

Nr. 39

Mittwoch den 15. Februar 1922

88. Jahrgang

## Politische Rundschau.

Die oberösterreichischen Verhandlungen in Genf. Die deutsche Abordnung für die oberösterreichischen Verhandlungen hat sich unter Führung des Reichsmüllers a. D. Schäffer und des Staatssekretärs Deinold nach Genf begeben, wo die Schlussigung der deutsch-polnischen Konferenz stattfinden soll. — Im Bedarfsfalle werden Mitglieder der einzelnen Kommissionen, die bisher bei den Verhandlungen in Oberösterreich mitgewirkt haben, und Sachverständige zu einzelnen Fragen telegraphisch nach Genf gerufen werden. Es ist auch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß, wenn sich die Notwendigkeit herausstellen sollte, Vertreter der deutschen Gewerkschaften nach Genf berufen werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Arbeiten der Konferenz so schnell vorwärts gehen, daß schon in etwa 14 Tagen ein Abschluß erzielt werden kann.

Freigabe des deutschen Luftfahrtzeugbaus am 5. Mai. Das Londoner Ultimatum forderte u. a. von Deutschland, daß die Fabrikation und Einfuhr von Luftfahrtmaterial erst drei Monate nach dem Tage wieder aufgenommen werden dürfe, an dem die interalliierte Luftfahrt-Kontrollkommission erlangt haben würde, daß die Auslieferung aller militärischen Luftfahrtgeräte vollständig ausgeführt sei. Nach neunmonatiger Arbeit ist dies jetzt gelungen. Die Botschafterkonferenz hat daraufhin am 1. Februar beschlossen, den Beginn der Wartezeit von drei Monaten vom 5. Februar ab in Kauf zu nehmen, so daß am 5. Mai die Fabrikation und die Einfuhr von Luftfahrtzeugmaschinen wieder aufgenommen werden können. Nach Ablauf dieser drei Monate wird auch die unter der Leitung des Generals Maierhofer stehende Luftfahrt-Kontrollkommission ihre Tätigkeit in Deutschland einstellen.

Die große Koalition erleidet? Wie das Verner Parteiorgan der Deutschen Volkspartei, die "Zeit", mitteilt, steht die Koalitionsfrage mit den Erörterungen über das Steuerkompromiß nicht mehr in Zusammenhang, „da sie nach der ganzen Haltung des Herrn Dr. Wirth und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion fürs erste wohl als erledigt gelten kann.“ Danach ist mit der von verschiedenen Seiten gewünschten Bildung der sogenannten großen Koalition von Stresemann bis Scheidemann bis absehbare Zeit wohl kaum zu rechnen.

Die Opfer von Petersburg. Der Kreiskontrolleur von Gleiwitz teilt amtlich mit, daß bei dem Zusammenstoß 20 französische Jäger verwundet wurden, von denen zwei gestorben sind. Von den angefeindeten deutschen Zivilisten wurden zwei tot vorgefunden. Staatssekretär a. D. Dr. Peters führt jetzt in Breslau die Untersuchung, ob wie die französische Regierung behauptet hat, an dem Zwischenfall deutsche Geheimorganisationen beteiligt gewesen sind.

Die französische Genua-Note in Berlin. Die Pariser Regierungspresse teilt halbamtlich mit, daß die französische Note über die Bedingungen und die Verlegung der Konferenz von Genua allen eingeladenen Mächten übermittelt werden wird. Sie wird in den nächsten Tagen auch in Berlin überreicht werden. Wie die Reichsregierung sich zu dem französischen Vertragungsantrag stellen wird, steht noch nicht fest. Nebenbei dürfte die Entscheidung über den Antrag Poincarés legt Endes nicht bei Deutschland, sondern bei England liegen. Das englische Gesamtkabinett hat sich bereits mit der Note beschäftigt und wird voraussichtlich in einer Antwortnote die Bedenken der französischen Regierung zu zerstreuen suchen. Wie Neuter meldet, wird England gegen eine kurze Verschiebung der Konferenz um ein bis zwei Wochen nichts einzuwenden haben, auf keinen Fall könne aber eine Vertragung um drei Monate angenommen werden.

Keine Aufhebung der Luftfahrt-Kontrolle. Das "Echo de Paris" bezeichnet die in Berlin verbreitete Nachricht, daß die Botschafterkonferenz die Aufhebung der Kontrolle über die deutsche Militärluftfahrt zum 5. Mai beschlossen habe, als unzutreffend. Eine solche Entscheidung der Botschafterkonferenz sei nicht oder noch nicht ergangen. Französischerseits hält man daran fest, daß eine gewisse Überwachung fortzuführen müsse, um so viel wie möglich die von der Absturzkommission erzielten Resultate beizubehalten. Nach dem Blatt war das Gericht im Umlauf, daß England sich zugunsten der Beibehaltung einer gewissen Kontrolle ausgesprochen hat, wenn Frankreich sich bereit erklären sollte, die drei im März 1921 besetzten Ruhrstädte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort zu räumen.

Die Oberösterreich-Konferenz in Genf. Der Beginn der deutsch-polnischen Verhandlungen in Genf ist auf den 13. ds. Ms. verschoben worden. Die Unzufriedenheit der deutschen Delegation hat sich infolge der unzureichenden Verkehrsverhältnisse noch weiter verschärft, so daß die Delegation erst im Laufe des Sonnabends in Genf eingetroffen ist. Die Delegation besteht aus insgesamt über 20 Personen. Offizielle Sitzungen sind nicht geplant. — Der Warschauer Ministerrat hat beschlossen, die ehemaligen deutschen Reichstagsabgeordneten und späteren polnischen Bismarck-Seydel zum Vertreter der polnischen Regierung bei den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen in Oppeln zu ernennen und zum Abschluß aller Verträge mit Deutschland und der interalliierten Kommission in Oppeln zu ermächtigen.

Schutzpolizei gegen Technische Moskau. Aus Thüringen werden grobe Pflichtverleihungen gemeldet, die sich Schutzpolizisten während des Streites zwischen kommen ließen. Das "Genoer Volksblatt" berichtet darüber: Die Schutzpolizisten waren nach Saalfeld transportiert worden, um die Sicherheit der Eisen-

bahnbetriebsanlagen zu überwachen, wo Mitglieder der technischen Moskau die Führung und Bedienung der Lokomotiven übernommen hatten. Um viele angekommen, fühlte sich die Schutzpolizei auf die Seite der freien Eisenbahner und entfernte das Maschinpersonal vom Dampflok. Erst als der thüringische Minister des Innern Hermann (U. S. P.) aus Weimar auf dem Plan erschien und die Herbeiführung von Reichswehr mordete, konnte die Ordnung wieder hergestellt werden. Aus anderen Teilen Thüringens, vor allem aus Saalfeld, werden ähnliche Meldungen gemeldet.

Der Hauptausschuß des Reichstages hat Anträge der Mitglieder abgelehnt, die eine Auflösung des Reichsministeriums bis zum 1. Oktober 1922 bzw. 1. April 1923 verlangten.

## Nordfrankreichs Wiederaufbau.

Loucheur verteidigt sich.

Gegen die Unzufriedenheit des ehemaligen französischen Wiederaufbauministers Loucheur sind dieser Tage in der Pariser Kammer schwere Beschuldigungen erhoben worden. Es wurde ihm von sozialistischer Seite der wohl nicht ganz unberechtigte Vorwurf gemacht, daß die Wiederaufbauarbeiten viel zu lässig betrieben werden, und daß die Industriellen bei der Entwicklung bevorzugt würden, während die übrigen Geschäftsgenossen mit geringen Unterstützungen abgeföhrt würden.

Der Abgeordnete Loucheur, bekanntlich einer der führenden Großindustriellen Frankreichs, verteidigte sich ganz energisch gegen diese Kritik seiner Ministeramtigkeit. Er erklärte, die Schäden der Industrie nach dem Kriegswert hätten ungefähr  $\frac{1}{2}$  Milliarden Frank betragen, das bedeutet nach dem augenblicklichen Wert 24–25 Milliarden Frank. Bis zum 31. Dezember 1921 hätten die Industriellen erhalten 11 Milliarden 200 Millionen, also 46 Prozent ihrer Schäden. Auf von ihnen garantierte Kredite hätten sie erhalten 1800 Millionen. Nach Loucheur sind die Verluste der kleinen Geschäftsgenossen, die sich auf 2 Milliarden 900 Millionen Kriegswert belaufen, also 9400 Millionen augenblicklichen Wertes, am 31. Dezember 1921 zu 60 Prozent nachgeprüft gewesen.

Der Minister für die betroffenen Gebiete Melbel, der den Ausführungen Loucheurs zustimmte, erklärte, sein Hauptprogramm für den Wiederaufbau bleibe dasselbe wie das seines Vorgängers. Die von den Sozialisten verlangte Untersuchung lehne er ab. Die Befürworter bewiesen, daß alles getan werden sei. 250 000 Gebäude seien im Wiederaufbaugebiet zerstört und 422 000 beschädigt gewesen. Am 1. Januar 1921 seien 278 000 Häuser repariert, teils wieder aufgebaut gewesen, am 1. Januar 1922 335 979. 53 000 Kilometer Wege seien zerstört gewesen, 81 865 Kilometer seien davon wiederhergestellt. 1112 Kilometer schiffbare Wege seien in Unordnung gebracht worden. Davon seien am 1. Januar 1922 1027 Kilometer wieder instandgesetzt gewesen. Von den Fabriken, die mehr als 20 Personen beschäftigen, seien 4084 zerstört gewesen. Bis zum 1. Januar 1921 habe man 3543, bis zum 1. Januar 1922 3998 aufgebaut, 80 Prozent der Fabriken hätten mit der Produktion wieder begonnen. Sie beschäftigen 423 234 Arbeiter. Das bebauten Land, das zerstört worden sei, beträgt 3 127 000 Hektar. Am 1. Januar 1921 seien wieder urbar gemacht gewesen 2 813 000 Hektar, am 1. Januar 1922 2 900 000 Hektar. Das Gesamtgebiet der bereits am 1. Januar 1922 bebauten Landsäume beträgt  $1\frac{1}{2}$  Millionen Hektar. Das übersteigt alles Bob.

Minister Melbel sagte, seine allgemeine Politik sei die Politik des Abkommens von Wiesbaden. Wenn man von Sachlieferungen spreche, spreche man nicht von einem Verzicht. Wenn man davon überzeugt sei, daß Deutschland nicht alles in Geld bezahlen könne, müsse man den Grundsatz der Naturalisierungen annehmen. Das Abkommen von Wiesbaden unterliege der Prüfung der Reparationskommission und der alliierten Regierungen. Wenn es nicht angenommen werde, bedeute das noch lange nicht, daß keine Sachlieferungen erfolgen würden. Die jeweils Regierung werde die Annahme des Abkommens von den alliierten Regierungen verlangen.

## Die Moskowiter.

Zwischen dem absoluten russischen Kaiserreich und der bolschewistischen Republik von Lenin und Trotzki lässt ein riesiger Abgrund, aber in einem Punkte ist die Auseinandersetzung doch dieselbe wie früher: Die Bolschewistenshärter denken ebensoviel wie die Kaiser daran, sich vom westlichen Europa ins Schleppen zu nehmen zu lassen, sondern sinnen daraus, alles, was jenseits von Russlands Grenze liegt, für ihre Zwecke auszunützen. Gewiß kann kein Zweifel bestehen, daß der Wiederaufbau der moskowitischen Produktion für Europa sehr wichtig ist, auch für Deutschland wegen der industriellen Ausfuhr und der landwirtschaftlichen Einfuhr, aber wer mit den Männern von Moskau verhandelt, muß sich vorstellen, daß er nicht über sie gehauen wird. Die russische Regierung für Deutschland ist gering, für Frankreich, England, Amerika nicht größer. Die Intimität mit Frankreich vor dem Kriege war Maske, die fallen gelassen wäre, wenn man in Petersburg seinen Frieden erreicht hätte. Russen oder Räuber, das ist der leichte Gedanke zwischen Niemen und Wolga.

Auch soweit die Konferenz von Genua in Betracht kommt, mag diese nun früher oder später stattfinden. Mag der Engländer geschäftlich weitblickend und der Franzose intrigant sein, der Russen ist verschlagen und gewisslos. Die Deutschen sind für die Russen viel zu froh. Was kann mit Hundert

Jahren auf unsre Kosten Politik getrieben und der Bolschewismus wird es nicht anders machen, wenn er Elendigkeit und Kreditmängel bei anderen erhält.

Es sind zehn Jahre her, daß der damalige deutsche Reichskanzler von Behmann-Hollweg auf Einladung der zaristischen Regierung nach Petersburg und Moskau fuhr und der offizielle Draht lange Berichte über die feierlichen Veranstaltungen zu Ehren des deutschen Staatsmannes und die dabei gehaltenen Reden brachte. Man sah darin den Beginn eines neuen politischen Era, eine Aussöhnung, die auch durch den Besuch des Kaisers Nikolaus im Mai 1913 in Berlin und die Teilnahme des militärischen Fluglandes an der Leipziger Volksfestfeier im Oktober 1913 bestätigt wurde. Was halten alle schönen Reden und Zeitungsaufsätze? In Jahresfrist, im August 1914, haben wir den Krieg. Der Bolschewismus hat noch keinen Beweis geleistet, daß er aus dem Verlauf dieses Krieges gelernt hat, ehrlicher zu sein. Auf einer eigenen verschlagene Politik nach außen hin wird er ebensoviel verzichten, wie es das Varentum kann.

Wenn einmal die europäische Wirtschaftskonferenz in Genua oder sonstwo stattfindet, so wird die deutsche Chancéliste sich ebenso charakterisieren, wie die russische Verschlagenheit. Die tatsächlichen Erfolge werden über die Geldbörsen der tonangebenden Gewalt in Moskau ihren Weg nehmen, wie früher über den Saiten der Romanos und ihrer Anhänger in Petersburg. Das ist im Osten selbstverständlich. Daß Lloyd George in seinen Plänen diese nationalistische Eigentümlichkeit genügend gewürdigt hat, ist zweifelhaft, er wird aber dahinter kommen, wenn die Verhandlungen erst einmal ernstlich im Gange sind. Daß die französischen von Russland diejenigen vorgeschossenen Kriegsgemilliarden mit Rücksicht verlangen, ist ihre Recht, ob aber diese Bezahlung jemals erfolgt, muß abgewartet werden. Das bleibt fraglich, auch wenn das Varentum wieder hergestellt werden sollte, und einsweise sieht es nicht danach aus. Der Hunger in Russland ist groß und dieser wird Denin und Trotzki zu manchen Koncessio-nen veranlassen. Über es wird gut sein, sich vor der Täuschung zu hüten, als ob die Moskowiter nur daraus warten, Arm in Arm mit dem übrigen Europa der Kultur entgegen zu wandern.

## Die vereiste Ostsee.

Hilfswerk der deutschen Marine.

Der anhaltende Frost hat sich zu einer großen Schadensbringenden Gefahr für die deutsche Schifffahrt gesetzt. Nicht nur von der Ostsee, die ganz besonders schlimm daran ist, sondern auch von der Nordsee laufen dauernd Meldungen über Schiffsunglüsse, Bereisungen und Frostschäden ein, die sich derart häufen, daß ernste Sorge um unsere zwar kleinen, aber doch so notwendigen Handelsverkehr durchaus berechtigt sind.

Auf der Unterelbe ist der Eisgang so stark, daß ein Schiffsverkehr kaum noch stattfinden kann. Selbst große Dampfer sind vom Eis blockiert und müssen sich von den Gezeiten treiben lassen.

Im Stettiner Hafen z. B. macht sich die Fahrmeldeung fast der gesamten Ostseeschiffahrt sinnfällig bemerkbar. Es treffen dort weder Schiffe ein, noch ist es den im Hafen liegenden möglich, auszulaufen. Die Bahrinne wird zwar von den großen Eisbrechern der Kaufmannschaft nach See zu offen gehalten, doch sind die Schwierigkeiten auf See derart, daß keine Schiffe mehr den Hafen zu verlassen wagen. Infolge des Badeloses war es auch nicht möglich, den so notwendigen Verkehr zwischen Villa und Swinemünde aufrechtzuerhalten.

Vom Süderhafen wird berichtet, daß die Ostsee, soweit das Augen von der Küste reicht, mit einer Eisdicke von durchschnittlich 25 Zentimeter Stärke bedeckt ist. Vor diesem Felde liegen mehrere starke Eisgürtel, bestehend aus zusammengehobenem Eis. Die Schiffahrt nach Süderhafen und anderen Häfen der Westküste ist ebenfalls geschlossen. Es ist den Eisbrechern nicht mehr möglich, durch die Eisberge hindurchzufahren. Mehrere Dampfer liegen weit draußen auf der Trabemündung stecken mitten im Eis fest. Bisher gelang es nur einem der Schiffe, sich in den Häfen zu schleppen. Die deutschen Marinebehörden, die als ihre besondere Aufgabe jetzt den bedrangten Schiffen und Häfen Hilfe zu bringen versuchen, entsandten auch nach Süderhafen einen Kreuzer. Aber schon am Ausgang der Kieler Bucht mußte der Kreuzer wieder umkehren, weil er auf unüberwindliche Eishindernisse stieß.

Ehr groß ist die Zahl der Schiffe, die weit von der Küste entfernt im Eis festliegen und sich dadurch in großer Bedrängnis befinden. Auch hier will die Marine helfen. Vorerst sind die Schwierigkeiten, die zu den im Eis festgesetzten Schiffen führen, so groß, daß oft eine Hilfe unmöglich wird. Der Kreuzer "Medusa", der schon bis sieben Seemeilen weitlich von Domesnaes in die Icerenstraße vorgedrungen war, konnte nicht die vereinsamten Schiffe erreichen, da ihn undurchdringliches Packeis an seinem Vordringen hinderte. "Medusa" hat nur ein Dachwerk zur Hilfesetzung über das Eis zu den eingeschlossenen Dampfern entfunden. Ob diese Expedition die Dampfer erreicht, ist auch noch zweifelhaft. Die Hilfsaktion der deutschen Marine soll jedoch so lange die ungünstige Witterung anhalten, nach Kräften ausgebaut werden.

## Aus Stadt und Land.

Aus Stadt und Land. • Auswanderung in Österreich. Zwischen der Stadt Friedland (Ostpreußen) und der Neuhälfte der Ols-

passaumischen Kastenwerke u. a. hatten Kinder eines Sprengkörper gefunden, an dem sie sich zu schaffen machten. Es erfolgte eine Explosion. Sieben Kinder wurden durch die umherliegenden Sprengstoffe getötet, zwei noch lebende ins Krankenhaus gebracht, wo sie inzwischen ebenfalls ihren Verlebungen erlegen sind.

\*\* Der Streik der Berliner Rätschen Arbeiter, der dank der festen Haltung des Berliner Magistrats zusammengebrochen ist, weicht nur langsam einer gezielten Aufnahme der Arbeit. Die Arbeiterschaft der Rätschen Gas-, Elektrizitäts- und Wasserversorgung ist fast vollständig zur Arbeit zurückgekehrt, dagegen befinden noch Schwierigkeiten mit den Straßenbahnen. Es gelang noch nicht, den Straßenbahnerlehrer in vollem Umfang wieder aufzunehmen. Es scheinen radikale Elemente am Werk zu sein, um die völlige Arbeitsaufnahme zu sabotieren. Der Magistrat will nachdrücklich allen Versuchen entgegentreten, die darauf aussehen, die Rückkehr zur Ordnung zu fördern.

\*\* Das Eisenbahnunglück in Düren. Der folgenschwere Eisenbahnunfall, bei dem ein Personenzug in das Bahnhofsgebäude fuhr, hat sich nicht in Köln, sondern in Düren zugetragen. Die Meldung war aus Köln gekommen, daher das Missverständnis.

\*\* Ein Eisenbahnunglück durch eine Lawine verschüttet. Auf dem japanischen Bahnhof der Station Toyogawa ging eine gewaltige Lawine nieder, die einen Personenzug vollständig unter ihren Schneemassen verbur. Die Katastrophe hatte 110 Tote und zahlreiche Verletzte zur Folge.

\*\* Die Düppeler Schanzen — dänisches Nationalagentur. Die Düppeler Schanzen werden jetzt dänisches Nationalagentur. Es ist eine Sammlung veranstaltet worden, durch die es möglich gemacht werden soll, die Schanzen als Naturpark zu erhalten. Der bekannte Däne Bierbrauer Jacobsen hat 10 000 Kronen für diesen Zweck gestiftet.

\*\* Großfeuer in einer polnischen Textilfabrik. Ein großes Schadensfeuer brach in der Biżewer Baumwollmanufaktur aus. Die Spinnerei mit 60 000 Spindeln fiel dem ungeheuren Brande zum Opfer. 6000 Arbeiter sind dadurch brotlos geworden. Die betroffene Fabrik ist das drittgrößte Unternehmen der gesamten polnischen Textilindustrie.

\*\* Winter auf dem Balkan. Selbst der heiße Süden hat diesmal arg unter dem Winter zu leiden. In ganz Griechenland herrschen starke Schneefälle, ein Ereignis, dessen man sich seit Menschenzeiten nicht mehr erinnert. Auch aus Serajevo berichtet man von starken Schneefällen. Es heißt sogar, daß die Stadt infolge des ungeheuren Schneefalles völlig von der Außenwelt abgeschnitten ist. Die Eisenbahnzüge mußten auf allen Stationen angehalten werden. Die Hauptstadt des jugoslawischen Königreichs Belgrad hat ebenfalls vor der Natur ein weißes Kleid bekommen. Aus andern Himmelsrichtungen kommen auch Nachrichten von Schnee und Eis. In Wien hält der starke Frost an. Die Schneeschüttung hat in Wien in den letzten Tagen bereits 400 Millionen Kronen gefestet. — Aus Mandsburg wird berichtet, daß der Nordostseekanal wegen Eises für die Schifffahrt gesperrt worden ist. Selbst große Eisbrecher blieben im Eis stecken. Autos fahren an einigen Stellen über den 103 Meter breiten Kanal. Man wartet jetzt Lauterter ab.

\*\* Polenisch-sowjetischer Zusammenstoß in Köln. Ein mit Verhafteten vollbesetztes Polizeiauto stieß in Köln mit einem Straßenbahnwagen zusammen. Schieben Verhaftete erschütten zum Teil schwere Verlebungen. Beide Verhafteten bemühten die Gelegenheit, um zu entfliehen.

\*\* Drei Kinder erstickt. Drei Kinder erstickten in Bischofsburg in Ostpreußen bei einem Brande. Die kleinen, die sich allein in einem verschlossenen Zimmer befanden, konnten den Ausbruch eines Feuers durch einen schadhaften Ofen nicht verhindern.

\*\* Verhaftung eines Doppelmörders. Der Doppelraubmord, der kürzlich an dem in Sankt Georgen am Ummelsee wohnenden Oberamtsrichter G. und seiner Haushälterin begangen wurde, hat jetzt seine Aufführung gefunden. Nach mehreren Verhaftungen, die über auf Tragödien beruheten, wurde von der Cölnener Polizei der 42 Jahre alte Mechaniker Andreas Pöringer, Vater von neun Kindern, als Täter verjasset und ins Gefängnis eingeliefert.

\*\* Schiffbrand auf hoher See. Nach dem "New York Herald" hat der Passagierdampfer "Northern Pacific" bei Kap May Neuer gefangen. Die Fahrgäste sind auf andere Schiffe gebracht worden. Nach einer anderen Meldung sind bei dem Brande vier Leichen umgekommen.

\*\* Der alte Mann von Zeyzins Patrouille. In Köln starb der 84 Jahre alte Gottfried Gut, der letzte von den drei Patrouillenreitern, die am 24. Juli 1870 den Großen Beppelin aus seinem berühmten Aufzählerkritt nach Frankreich begleitet hatten.

\*\* 200 Schweine verbrannt. In Holstein brannte bei Oldenswort der Hof eines Landmannes nieder und verbrannten in einem Schweinstall etwa 200 im Stall sitzende Schweine. Die Kühe und Pferde des Guts wurden gerettet.

\*\* Bombenattentat auf ein Wiener Geschäftshaus. Großen Materialschaden richtete eine Bombe an, die in den Büros des Spiritusgroßindustriellen Auguste Lederer in Wien explodierte. Man nimmt an, daß es sich um einen Attentatsversuch gegen den Chef der Firma handelt. Menschenleben kamen bei der Explosion nicht zu Schaden.

\*\* Verhaftung ungetreuer Steuerbeamter. Hier spielte sich eine aufsehenerregende Steuerstrafaffäre ab. Dort verhaftete die Polizei sechs Steuerbeamte, darunter den Amtsvoivod, weil sie Gold- und Silbergegenstände, welche zur Einlösung gebracht worden waren, nicht an den Staat abgeliefert hatten, sondern das ihnen ausgezahlte Geld nach eigenem Erlassen verwandten und die Gold- und Silbergegenstände im Privathandel verkaufen und den Staat dadurch um viele Millionen schädigten.

\*\* Aus den russischen Hungergebieten kommen immer traurigere Meldungen über die Völker der So-

zialistischen Republik. So hört man die Zahl der Hungerten auf 800 000, im Gouvernement Samars auf 1 200 000. Im Kreise Chawalynst (Gouvernement Saratow) auf 104 000 Erwachsene und 64 000 Kinder; verpflegt werden in diesem Kreise nur 3500 Erwachsene und 15 000 Kinder. Im Kreise Romousinsk sind 100 000 Hungerten.

\*\* Ein betrügerischer Bürgermeister. Der belgische Abgeordnete, ein fröhlicher Abgeordneter und segiger Bürgermeister von Mons in Belgien, ist wegen Unterschlagung von zwei Millionen Francs verhaftet worden. Er war Zwangsverwalter für zweitausendzig private und geschäftliche deutsche Güter. Trotz Steuerabnahmen ist bisher keine Summe abgeliefert.

\*\* Das deutsche Theater in Prag wieder besetzt. Wie aus Prag gemeldet wird, ist die Nachricht, daß das deutsche Ständetheater, welches im November 1924 durch eine tschechische demonstrierende Volksmenge besetzt wurde, und in dem seitdem tschechische Vorstellungen gegeben werden, den Deutschen zurückgegeben werden soll, nunmehr offiziell bestätigt. Bis zur endgültigen Regelung werden noch tschechische Aufführungen in dem Ständetheater stattfinden, doch dürfte dies nur eine kurze Zeit dauern.

\*\* Streik der Universitätsprofessoren in Moskau. Die Professoren der Moskauer Universität sind in den Streik getreten, nachdem ihnen seit Monaten das Gehalt in Höhe von 18 Goldrubeln monatlich nicht ausgeschüttet worden ist.

\*\* Generalstreik in Neapel. Der "Proletarische Aufschluß von Neapel" hat wegen Lohnstreitigkeiten der Hafenarbeiter einen Generalstreik verkündet, der sich auch auf die Provinz erstreckt. — Der Verband der italienischen Steuerbeamten ist in ganz Italien in den Ausstand getreten, weil die von ihm geforderten Rulagen nicht bewilligt wurden.

\*\* Schneefälle in Italien. Im warmen Lande, wo die Birkenblätter blühen, scheint es jetzt auch recht winterlich auszusehen. Eine Meldung aus Rom, der italienischen Hauptstadt, besagt: In Nord- und Mittelitalien sind starke Schneefälle niedergegangen. In Norditalien blieben mehrere Eisenbahnzüge im Schnee stecken. Rom und Umgebung bieten den Anblick einer nordischen Schneelandschaft.

\*\* Eine grobe Schiedsbarde vor Gericht. In Köln wird vor dem dortigen Landgericht ein großer Prozeß gegen Spritschieber verhandelt, die Bestände im Werte von 8 Millionen Mark verschoben haben. Infolge des Eisenbahnerstreiks ist der Hauptangellage, ein früherer Kortettencapitän Mayer aus Berlin, und zwei weitere ebenfalls in Berlin wohnende Angellage nicht zur Verhandlung erschienen. Ein holländischer Baron, der noch nicht ermittelt ist, spielt bei den Spritschiebungen eine große Rolle als Vieferant des Sprits. In Köln haben sich vorerst sechs dort ansäßige Angellage zu verantworten.

□ Die landwirtschaftliche Woche in Berlin. Die an der großen landwirtschaftlichen Woche in Berlin beteiligten Körperschaften und Vereine sind übereinkommen, die Winterfahrt planmäßig in der Zeit vom 11.—18. Februar abzuhalten, nachdem die durch den Eisenbahnerstreik verursachten Verkehrsstörungen beseitigt sind.

□ Tagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft. Am 18. Februar wird anlässlich der großen landwirtschaftlichen Woche in Berlin die Hauptversammlung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft stattfinden. Es sollen Vorträge gehalten werden über die Grundlagen des deutschen Kartoffelbaues, die Mehlung des Kartoffelbedarfs und über die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion durch allgemeine Organisationsmaßnahmen.

□ Eine famose Kriegsgesellschaft. Doch es bei den Kriegsgesellschaften seligen Ungedankens sonderlich zugegangen, weil jedes Kind. Jetzt erst kann man so langsam hinter die Kulissen dieser Institutionen schauen, wenn man die Prozesse, die sich aus dem Leben und Treiben dieser Gesellschaften ergeben haben, verfolgt. Eine Berliner Straßammer hatte sich mit einem Buchhalter der Kartoffelteilungsstelle zu beschäftigen, der wegen schwerer Urfundensülfung und Unterschlagung angeklagt war. Der Angeklagte wurde, obwohl er wegen gleicher Verbrechen mehrfach vorbestraft ist, bei der Kartoffelteilungsstelle angestellt. Die natürliche Folge war, daß Mandel, durch dessen Hände täglich Tausende gingen, sich bald an den ihm anvertrauten Geldern vergriß. Da nach seiner eigenen Behauptung bei jener Kriegsgesellschaft nicht nur keine Kontrolle, sondern die größte Unordnung herrschte, war es dem Angeklagten möglich, in verhältnismäßig kurzer Zeit die Summe von genau 2½ Millionen Mark zu unterschlagen, die er angeblich auf den Kennbahn verloren haben will. Das Gericht erkannte gegen ihn auf zwei Jahre Buchstaus.

#### Kleine Nachrichten.

• Wegen Arbeiterkriegs hat der Betrieb der Maschinenfabrik Jansen und Schmolinsky stillgelegt werden müssen.  
• Die Kruppwerke in Magdeburg mußten wegen Kohlenmangel ihren Betrieb stilllegen.

• Die Württembergische Regierung hat die Errichtung einer Handelschule in Gera beschlossen.

• In Halberstadt sind die rätschen Arbeiter in den Ausland getreten.

• Alle Hoch- und Mittelschulen in Wien werden für eine Woche geschlossen, um eine Ausdehnung der dort herrschenden Grippe zu verhindern.

• In Wien kostet jetzt ein Kilogramm Mehl 600 Kronen.

#### Volkswirtschaft.

□ Kapitalerhöhung beim Norddeutschen Lloyd. Die außerordentliche Generalversammlung des Norddeutschen Lloyd in Bremen genehmigte endgültig die Erhöhung des Aktienkapitals auf 600 Millionen Mark durch Ausgabe von 125 000 auf den Inhaber lautende 3 Proz. Vorzugaktien über je 1000 Mark. Auf Anfrage aus Aktiengesellschaften wurde über die Aussichten des Geschäfts mitgeteilt, daß diese im allgemeinen günstig seien.

□ Reichsfinanzminister Strauß bei Umfragen. Mit der Handelskammer Essen mittelt, ist bei der Neuregelung der Umsatzsteuer mit der Maßnahme zu rechnen, daß die erhöhte Umsatzsteuer mit rückwirkender Kraft ab 1. Januar gezahlt wird. Da es nicht zulässig ist, die Umsatzsteuer aller Posten in Rechnung zu stellen, ist es notwendig den Satz von 2 Prozent in den Preis der Waren hineinzukalkulieren, damit der Käufer nicht durch die rückwirkende Kraft geschädigt wird. Für die Exportgeschäfte werden voraussichtlich die bei den Einführung des alten Umsatzsteuergesetzes geltenden Übergangsbestimmungen Platz greifen.

□ Starke Rückgang der Fischfänge. Während der letzten 14 Tage, so wird aus Bremerhaven berichtet, löschen am Fischmarkt nur zwei Islanddampfer und drei Nordseedampfer ihre Fänge. Insgesamt wurden 107 580 Pfund frische Seebrasse im Werte von 511 807 Mark an den Markt gebracht. Infolge der absolut ungünstigen Kohlenversorgung waren die zufuhr sehr gering. Die Fahrzeuge mußten zeitweise das Fischen auf See gänzlich aussitzen. Die Küstenfischerei war gleichfalls durch schlechtes Wetter, starken Frost und Krebs stark behindert.

□ Ein französischer Bankraub. Das Bankhaus Claude de Fontaine in Paris hat seine Zahlungen eingestellt. Das Defizit beträgt 15 Millionen Franken. Das Institut besteht seit 90 Jahren und arbeitet mit einem Kapital von 25 Millionen Franken.

#### Des Mannes Dämon.

Roman von Erich Epstein.

(31. Fortsetzung.)

Auf dem Tisch lag ein aufgeschlagenes Buch. Er trat näher und erkannte verwundert Carpenter: "Wenn die Menschen teil zur Liebe werden". Das las sie? Das verstand sie? Sonderbar! Er hatte gedacht, daß der Horizont einer Frau, die morgens um vier in der Küchenlampe stand und den Übertransport der Molkereiprodukte überwachte, die über jeden Kettner Kartoffeln und jedes im Küchenhof gelegte Et genau Buch führte, höchstens bis zu Baumwachs Buchenhölzchenlyrik oder dem Trompeter von Sädingen reichte.

Auf dem Flügel lag ein Klavierauszug aus Tannhäuser, daneben Lieder von Grieg und Hugo Wolf. Immer betroffener blickte Bernd um sich. In welche Welt war er geraten? Dann fiel ihm plötzlich auf, daß weder sein Bild im Zimmer hing noch irgend eins von all den Nippes und sonstigen Schmuckgegenständen, die er ihr gelegentlich in Paris gekauft. Alles war ihm fremd und stammte wahrscheinlich schon aus ihrer Mädchenseite.

Ihre Absicht, in ihren eigenen Räumen nur wenigstens vorübergehend darauf zu verzögern, daß sie nicht mehr Ruth Fabrizius, sondern Baronin Gildern war, lag so klar zutage, daß sie ihn gründlich verstimmt. Und sein Verger wuchs noch, als er auf einem Wandbrett neben anderem Bildern Valentín Eglofs wohlgetroffene Photographie erblickte. Wie konnte sie dies Bild hier aufstellen! Das fröhliche, buntfarbige angehauchte Gesicht des jungen Arztes empörte ihn förmlich und verleidete ihm den ganzen Raum.

In gereizter Stimmung verließ er das Gemach und stieg die Treppe hinab. Auf halbem Wege blieb er wieder stehen. Von unten schlugen aus der Halle Stimmen an sein Ohr. Ein Bild über das Geländer zeigte ihm Ruth und Dr. Egloff, der wie täglich gekommen war, um nach Hardings zu sehen.

Ruth pflegte sonst doch nie so früh von Rosenhag zurücksuzukehren, ging es ihm geärgert durch den Kopf. Warum gerade heute ausgerechnet um die Zeit, da der ihm so gründlich unsympathische junge Arzt gewöhnlich seinen Krankenbesuch im Schlosse abfertigte?

"Also Dienstag nachmittag drei Uhr, ja?" hörte Bernd ihn gerade sagen: "da muß ich ohnehin zum Horchhof hinauf und wir könnten dann gleich zusammen gehen. Wirst du dich frei machen können?"

"Aber gewiß! Nachmittags habe ich selten etwas im Hause zu tun. Ich nehme Eva mit. Um besten Fahren wir gleich nach Tisch."

"Abgemacht! Wie geht's in Rosenhag?"

Bernd wartete die Antwort nicht mehr ab. Mit kurzem Gruß und finsterer Miene schritt er an beiden vorüber und trat ins Freie.

Das Wetter hatte sich aufgehellt. Er wollte nun doch noch ausreiten. Immer noch ärgerlich, bestieg er sein Pferd und zum erstenmal schlug er die Richtung nach Wildenmark ein, was er bisher streng vermieden hatte.

Eine heftige Sehnsucht nach Irene hatte ihn plötzlich gesetzt. Seither als seit langem. War sie nicht die einzige, die ihn liebte, war er ohne sie nicht verlassen und tief unglücklich? Warum verbannte ihn ihr Gebot von ihrem Angesicht? Schon allein ihr Anblick hätte all die törichten, quälenden Gedanken verschreckt, die ihn jetzt so oft marterten. Über sie hatte recht. Sie durften sich vorläufig nicht wiedersehen. Man hatte früher schon allerlei häblichen Klatsch über seine häufigen Besuche in Wildenmark verbreitet. Seine bevorstehende Scheidung würde die üble Nachrede verdoppeln; da durfte kein Schatten auf Irene fallen.

Über die Mauern ihres Hauses durste er wenigstens schenken! Er schlug einen einsamen Fußpfad ein, der hinter der Wildenmarker Parkmauer zum Tannenwald emporführte. Dort brauchte er um diese Jahreszeit nicht zu fürchten, jemand zu begegnen.

Dennoch erpähte er dort plötzlich einen Menschen, der zwischen Bäumen halb verborgen, aufmerksam das Schloß zu beobachten schien und sich bei seinem Namen schleunigst im Gebüsch verlor. Er war offenbar angstlich bestrebt, nicht gefangen zu werden.

Um einen Landstreicher handelte es sich keinesfalls. Bernhard hatte deutlich feststellen können, daß der sich so verdächtig Benehmen einen eleganten Pelz und eine tiefe in die Stirn gedrückte Kappe aufsetzte. Gestalt und Bewegung kamen ihm außerdem merkwürdig bekannt vor. Wer konnte der Mann sein? Und warum sah er so eilig? Nachdenklich geworden ritt Bernd weiter.

(Fortsetzung folgt)